

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Saden & Comp., Nr. 1263.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:
Gedr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Altkreis

Abzugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4000.— M. durch die Post bezogen monatlich 4000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1250.— M., Einzelnummer 150.— M., Sonnabendnummer 200.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Vierpaltige Komparatizeile 300.— M., auswärts 375.— M., die Sechspaltige Reklamizeile 1200.— M., auswärts 1500.— M., Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangeh., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefmarken, 150 M.

Nr. 56

Dresden, Mittwoch den 7. März 1923

34. Jahrg.

Passive Abwehr und Verhandlungsbereitschaft

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Der Reichstag versammelte sich am Dienstag in außerordentlicher Sitzung zur Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. 60 Seiten umfaßte die sorgfältig ausgearbeitete Rede des Reichskanzlers, die er diesmal mit mehr formalem Geschick als sonst vorzutragen wußte. Seine Worte waren auf dem Boden der gegebenen Tatsachen aufgebaut; er sagte alles, was ein verantwortlicher Politiker unter den gegebenen Umständen zu sagen vermag. Mein passiv war die von ihm gegebene Bilanz der französisch-belgischen Ruhraktion. Nicht ein Attribut enthielt sie, passiv blieb sie, und passiv mußte sie bleiben, trotz allen Graueitaten, trotz Verhaftungen und Ausweisungen, die der Kanzler fast eine halbe Stunde lang geschickt aneinanderreihete. Das Verhalten der Ruhrbevölkerung im Verlaufe der letzten acht Wochen stimmte ihn hoffnungslos in bezug auf den Ausgang dieses Kampfes, der in der ersten und zweiten Etappe Unproduktivität statt Produktion gebracht habe, und der in der dritten Etappe, die jetzt eingeleitet sei, nicht mehr ergeben würde. Trotz Gewalt soll der passive Widerstand die deutsche Waffe bleiben. Das hervorzuheben war in Anbetracht der deutschnationalen Agitation für einen „aktiven“ Kampf besonders notwendig. Mehr noch als diese Hervorhebung muß man den mehrfach geäußerten Willen zur Verständigung beachten. Cuno machte Verhandlungen nicht abhängig von der vorherigen Räumung des Ruhrgebietes, aber die er scheinbar aus parteipolitischen Gründen kein Wort verlor, sondern lediglich von der Gleichberechtigung und Verständigung auf freiem Boden. „Kein Diktat“ sei die Voraussetzung Deutschlands zu Verhandlungen. Auch weiterhin bis an die Grenzen des Möglichen Kriegsentwicklungen zu leisten, bleibe unser Angebot. Nach dieser ausdrücklichen Betonung der Fortsetzung der Erfüllungspolitik und der Verhandlungsbereitschaft nahm sich der Kanzler das Recht, sich gegen das fortgesetzte „Gerede von Verhandlungen“ zu verwahren. Er glaubt wohl, in der augenblicklichen Situation nicht viel mehr tun zu können, als seinen Verständigungswillen zu bezeugen und gleichzeitig durch den Mund der verantwortlichen Politiker zu wiederholen, daß Frankreich Rohle und Koks, die es sich in „friedlicher Aktion“ holen wollte, auch weiterhin ohnedem haben kann, „nach ehrlicher freier Verständigung“. Jetzt hat die andre Seite das Wort, jetzt mag Herr Poincaré zeigen, daß es ihm nicht um Annerkennung zu tun ist, daß es ernsthaft wirtschaftliche Gründe sind, die ihn an die Ruhr führten. Nach dem Vorgefallenen in den letzten acht Wochen, nach der ganzen Art der Einstellung der französischen Außenpolitik, und auf Grund des Verlaufes der letzten Reparationskonferenzen glaubt in Deutschland kein Mensch daran, daß die Ruhrbesetzung lediglich „wirtschaftliche Sicherheiten“ für Frankreich ergeben sollte. Es ist deshalb beachtlich, daß die Regierung von der Rednertribüne des Reichstags vor der Welt nochmals mit Entschiedenheit darauf verwies, daß es bisher keine deutsche Regierung gegeben hat, die die Erfüllung der Kriegskosten „abgelehnt“ hätte, und daß insbesondere die jetzige Reichsregierung über alle Angebote ihrer Vorgängerinnen weit hinausgegangen sei.

Kein Wort verlor der Kanzler über die Intervention. Aufschanden war bisher das Empfinden der Welt gegenüber den Schreckenstaten, die die Bevölkerung im Ruhrgebiet tagtäglich erlebte. Wo wäre die Entrüstung der Welt, so sagte Cuno, wenn Deutschland sich das Experiment leisten würde, daß Frankreich sich jetzt im Frieden ohne Entrüstung der zivilisierten Staaten erlaubt! Die Intervention muß dem Bedürfnis der Rekonstruktion entsprechen, nur so kann sie zu einem Ziele führen, das schließlich den Frieden bringt. Wenn die naive Feststellung, das Aneinandergeraten von Tatsachen aus dem Ruhrgebiet — wie der Reichskanzler es machte — nichts sagt, dann wird wieder bestätigt, daß sich das „Kulturgenie“ nach den — wirtschaftlichen Interessen richtet.

Für die außenpolitische Seite der Kanzlerrede mochte man Verständnis haben, aber innerpolitisch mußte mehr von ihm gefordert werden als der leere Appell an die Wählenden, den Herr Cuno während seiner Amtstätigkeit schon mehrfach, natürlich ohne Erfolg, zum Ausdruck gebracht hat. Die Regierung muß sich klar darüber sein, daß die Abwehrfront im Westen, die fast ausschließlich in vorderster Linie von der Arbeiterschaft gebildet wird, nur dann den Halt nicht verliert, wenn alle Seiten Opfer bringen, wenn der schamlosen Ausbeutung mit Energie ein Ziel gesetzt und u. a. auch die Stimmungsaktion der Mark fortgeführt wird. Die Regierung will diese Stimmungsaktion — wie aus der Rede des Reichskanzlers hervorging — mit Entschiedenheit weiter betreiben. Die gleiche Entschiedenheit verlangen wir für alle Maßnahmen, die die Zeit im Interesse des Volkes erfordert.

Verhandlungsbereitschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Ablehnung des aktiven Widerstandes darf man anscheinend als Kennzeichen für die augenblickliche Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung herausheben. Darüber hinaus fordert jedoch die Sozialdemokratie, daß Sicherheiten geboten werden, Sicherheiten auch gegenüber den französischen Besatz-

ungen auf einen neuen Rebanckkrieg. Daß die Regierung Cuno auch zu diesen demokratischen Notwendigkeiten bereit sei, muß erst erwiesen werden.

Berlin, 7. März. (W. Z. V.) Die Stellung der Sozialdemokratie zur Rede des Kanzlers sah der Vorwärts in die Worte zusammen: Der Kanzler hat festgestellt, daß das deutsche Volk den Kampf um seine Freiheit allein kämpft. Die Sozialdemokratie ist bereit, diesen Kampf in der ersten Reihe zu führen. Sie habe noch nie die Kapitulation vor brutaler Gewalt gepredigt. Set doch der Kampf gegen brutale Gewalt ihr innerstes Wesen von Anfang an. In diesem Sinne werde sie fortfahren, ihre eigene Politik zu treiben, und je nachdem, wie sich die Regierung zu dieser Politik stelle, werde sie auch zu ihr stehen.

Keine Vermittlung durch England

London, 6. März. (W. Z. V.) Im Unterhause erklärte Premierminister Bonar Law, wir glauben in diesem Augenblick nicht, daß ein Eingreifen in die Ruhraktion der Franzosen nützlich wäre. Es würde von Frankreich als eine feindliche Handlung aufgefaßt werden. Wir sind nicht bereit, einen solchen Schritt zu unternehmen. Sodann wies Bonar Law darauf hin, daß die Frage der Reparationen keine Frage sei, an der nur Frankreich und Belgien beteiligt seien. Es sei eine europäische Frage, an der England interessiert sei und in der es auch etwas zu sagen habe. Die Befürchtung, die der Einmarsch in das Ruhrgebiet im Unterhause hervorgerufen habe, würde von der Regierung geteilt. Solange die französischen Staatsmänner überzeugt seien, daß ein Druck auf Deutschland wirksam wäre, sei es nach Auffassung der britischen Regierung nutzlos, eine Vermittlung anzubieten.

Ein Verhandlungsvorschlag der Arbeiterpartei

London, 6. März. (Unterhaus.) Ramsay MacDonald brachte einen Antrag der Arbeiterpartei ein, in dem das Haus ersucht wird, zunächst die Kammern Frankreichs und Belgiens aufzufordern, je einen Ausschuss aus allen Parteien zu ernennen und mit einem gleichen Ausschuss des Unterhauses wegen der Besetzung des Ruhrgebietes, im Zusammenhang mit den Fragen der Sicherheit und der Wiederherstellung, die Meinungen auszutauschen und zu beraten. MacDonald erklärte, Deutschland sei heute weniger imstande, Reparationen zu leisten, als zu der Zeit, als Frankreich in das Ruhrgebiet ging, um sie zu holen. England müsse Deutschland veranlassen, sich zu erklären. Lord Robert Cecil wandte sich gegen den Antrag der Arbeiterpartei. Mac Reill teilte auf eine Anfrage mit, daß die Eisenbahnen auf dem rechtsrheinischen Ufer, die durch die britische Zone gehen, unter britischer Kontrolle verbleiben würden.

Vor dem „unheimlichen Gewitter“

Überall, wo die rechtsradikalen Geheimorganisationen die Notwendigkeit ihrer Existenz zu begründen suchen, erfolgt prompt der Hinweis auf die Gefahr eines links-jüdischen. Der ganze Kapp-Putsch war eigentlich ein „Versuchen“. Alle die Herren Generale und sonstigen Ehrenmänner, die ihn vorbereiteten und inszenierten, wollten nur das arme Deutschland „vor dem Bolschewismus“ retten.

Deute soll Deutschland von Bayern aus vor dem „Dolchstoß“ der Sozialdemokratie geschützt werden. Die überreifen Reiter des Vaterlandes scheuen dabei nicht vor der niederträchtigsten Verunglimpfung und vor der offenen Schwächung der Stellung Deutschlands im Ausland zurück. Begleichend für die Bestimmung dieser Kreise ist ein Brief aus München, den das konservative bayerische Organ „Vaterland“ in der Schweiz veröffentlicht. In Anlehnung an die Drohungen Helld's mit dem Staatsreich gegen eine den bayerischen Reaktionen nicht ganz genehme Reichsregierung wird dort dem staunenden Ausland allen Ernstes vermeldet, in Deutschland sei „die sozialistische und kommunistische Ministerarbeit im ganzen Reich bereits so weit gediehen, daß sich die deutsche Regierung in Berlin nicht mehr sicher fühle. Der Gedanke, ein neues nationales Deutschland von Süden her auszubauen, ist heute nicht mehr bloß eine vage Phantasie, sondern wähet sich von Tag zu Tag mehr vor zwingenden Notwendigkeiten aus“. Nach der Darstellung, die diese Vaterlandsfreunde dem Ausland von deutschen Verhältnissen zu geben belieben,

„drängt in Deutschland alles zur Entscheidung, ob national oder sozialistisch regiert wird. Wie ein unheimliches Gewitter fallen sich die einander unversöhnlich widerstrebenden Kräfte zusammen“.

Das „Vaterland“ versteht diese Enthüllungen ihres Münchner Mitarbeiters mit der Bemerkung, sie seien „durchaus nicht bloße Sensation“. Das ist schon möglich. Wenn diese Kreise von toten Märzkräften zu sprechen beginnen, dann kann man sicher sein, daß sie selber versuchen wollen, mit Gewalt verlorene Macht wieder an sich zu ziehen. Die offene Enthüllung reaktionärer Pläne zeigt uns so sehr,

Vormarsch Tag für Tag

Münster, 6. März. (W. Z. V.) Die Truppenbewegungen im Raum südlich von Elberfeld dauern fort. Bippert fürth ist heute morgen durch französische Kavallerie besetzt worden, die mit andern Abteilungen in Richtung Gummersbach weitergerückt ist. Es handelt sich bei dieser Bewegung augenscheinlich um die Abschnürung des von den Engländern besetzten Brückenkopfes Köln nach Osten.

Essen, 7. März. Die Franzosen haben ihren Vormarsch von Polwinkel aus in Richtung Elsfleete weiter fortgesetzt. Alle Waffengattungen sind beteiligt. Der Zweck des Vormarsches scheint die Einkreisung von Elberfeld-Sarmen zu sein.

Abdroffelung von Basel bis Wesel

Eine weitere Meldung aus dem besetzten Gebiet besagt: Der jetzige erneute Vormarsch der Franzosen soll das Schlußstück bringen in der ganzen Front, die von Basel im Süden bis oben im Norden bei Wesel eine einheitliche, von den Franzosen besetzte Grenze und Zollschranke schafft.

Frankfurt a. M., 6. März. Von morgen ab fahren die D-Züge ins Ruhrgebiet nur bis Hamm. In Mülheim an der Ruhr wurden das Rathaus und die Schloßkirche von den Franzosen neu besetzt. — Gestern abend haben die Franzosen das Stationsgebäude in Griesheim, einen Sportplatz von Frankfurt a. M. besetzt. Die Eisenbahner legten darauf sofort den Betrieb still.

Essen, 6. März. Gestern wurde die Fernsprechanstalt der Reichsbahn von den Franzosen besetzt. Der gesamte Dienst von den Klappschranken wurde von den Franzosen übernommen. Der Leiter des Fernsprechwesens der Reichsbahn, Regierungsrat Armer, wird in seinem Dienstzimmer festgehalten. Die Reichsbahndirektion ist ohne jede telefonische Verbindung mit den einzelnen Stationen des Direktionsbezirks. Die Oberaufsicht mußte infolgedessen ihre Tätigkeit vollständig einstellen, was einen schweren Schlag für den gesamten Eisenbahnverkehr des ganzen Bezirks bedeutet.

Schwelm, 6. März. Gestern wurden die Bahnhöfe Stolberg-Nähle und Stolberg-Gammer von Besatzungstruppen besetzt.

Offenburg, 7. März. Die Franzosen haben das deutsche Bahnpersonal vom Dienst auf der bisher noch von deutscher Seite betriebenen Strecke Kehl-Regelsbrunn vertrieben, da es sich weigerte, unter französischem Befehl zu arbeiten.

Dortmund, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Es ist festgestellt, daß die Franzosen auf den militärischen Strecken zur Linschmied des Ruhrgebietes in und außer Dienst deutsche Eisenbahneruniformen tragen, die bei Überfällen auf Bahnhöfe geraubt wurden.

Der Terror der Hitlergarde

München, 6. März. (Eigener Drahtbericht.) Eine vom Republikanischen Reichsbund zu Montag abend einberufene Versammlung, in der Genosse Dr. Schühinger über „Der Kampf um die Republik in Bayern und im Reich“ sprechen sollte, wurde in letzter Minute unter dem Druck der Nationalsozialisten von der Polizeidirektion verboten. Hitler selbst hat in einer Versammlung am selben Abend gehalten: „Wir waren so frei, der Polizeidirektion unsere Meinung zu offenbaren.“ Und gleichzeitig erklärte er zum Thema der Abwehrfront: „Wir Nationalsozialisten haben vor der Weltgeschichte unser Teil geleistet, wenn wir dem Novemberverbrechen ein Ende bereitet haben. Ich war in Norddeutschland. Alles wartet auf mich.“ Zur Sprengung der Schühinger-Versammlung hatten die Nationalsozialisten große Vorbereitungen getroffen. Trotz des vollständigen Versammlungsverbotes verbarrierten sie die Nacht über in „Belagerungszustand“, was für die Hitlergarde erhöhte Alarmbereitschaft bedeutet. Wie unverstört die Nationalsozialisten hier in aller Öffentlichkeit ihr Wesen treiben, ersieht man daraus, daß sie am Sonntag 1200 Mann stark in der Nähe Münchens eine regelrechte Felddienstadt abgehalten haben.

Nach einer weiteren Meldung aus München hat Hitler noch erklärt: „Mit deutschen Handen (den Novemberverbrechern) ist für uns keine Verbindung möglich.“ Zugleich schreit das nationalsozialistische Blatt Hitlers Parole im Reichdruck in die Welt, daß alle „Verräter“ seien, Hilferding, Weisheit, Grelenz, Giespitz, Vorwärts, Frankfurter Zeitung usw.

„Die Verräter müssen vernichtet werden! Das soll unser Gebot sein, Tag und Nacht; er soll in uns glücken, soll zum Grotz eines ganzen Volkes werden, soll leben von uns zum Grotz, zum Trommler machen und daran wollen wir uns erkennen, an der Lösung des Tages: Die Verräter müssen vernichtet werden!“

Die Nordstimmung ist bereits wieder auf dem Höhepunkt angelangt, bald wird sich der Hochdruck in Einzelteilen oder in einem Pulsch entladen. Die Hitlerbande hat nicht umsonst ihren Terror über Regierung, Öffentlichkeit und Arbeiterklasse aus-

ite 8
Ereign.
nehmen.
kommen.
neuer
schichten
formen
haben.
lehren;
erung;
iterten
Huber.
Termin
Berein.
bandes
llen in
Bühnen.
ite noch
Arbeits-
Arbeiter
s. n. zu
en Ver-
weitsheit
ume zu
ndet:
bandes
in der
auf
Metall-
na auf
schloß-
davor
oll, die
afe
chungs-
chungs-
nach
ern der
n Wor-
ng bei
n Fall
ändern
hinaus
schloß-
it der
bereren
e eines
Inter-
ntrolen
en zwei
schließen
a solle.
en Kon-
zentrale
und in
en ge-
schen zu
stellung
es ist
3. W.
en sind
für die
die Still-
tarif-
des Ver-
retreter
eine er-
les be-
diesen
ationen.
wurde
zu erst
ationen
erhand-
dem sie
4. Mär.
r.-Zug-
tum.
7. März
in der
werden
werden.
an um-
anher-
ger als
habeben
hinter-
an 6. 8.
1923
B
en. 23.
wischen
balist.
er 11.
ungo-
ormo-
e gra-
lon
mon-
14
ant
San-
bung
reitlich
el 11
redes

Reaktion und Kommunismus

Die Verhaftung Serratis, der die Erhebung der Forderungen gegen die gesamte Parteileitung des Partito Socialista Italiano, der maximalistischen Partei Italiens, wegen „Verschwörung“ gegen den Reichstag folgte, ist nicht bloß eine neue Wendung des Renegaten Mussolini gegen die Arbeiterklasse. Sie gewinnt besondere Bedeutung durch die Ereignisse, die ihr innerhalb der italienischen Arbeiterbewegung unmittelbar vorangegangen sind.

Serrati ist ein Mann, dessen Charakterbild in der Geschichte des europäischen Sozialismus der Nachkriegszeit noch lange schwebend bleibt. Er war es, der die erste große sozialistische Partei des europäischen Europa in das Lager des Moskauer Bolschewismus hinüberführte, der in Moskau selbst den Dritten Weltkongress der kommunistischen Internationale präsidierte, auf welchem die berühmten „einundzwanzig Bedingungen“ beschlossen wurden — und dann in Italien von Serrati selbst nicht angenommen zu werden! Auf dem Parteitag von Livorno 1921 kam es zur Spaltung des italienischen Proletariats, weil Serrati die Ausschließung der „Reformisten“ um Turati nicht zulassen wollte. Serrati fiel parodisch in Ungnade, und der „Serratanismus“ wurde ebenso wie das „Liberantum“ in Deutschland in den Augen der Moskauer geradezu zum Symbol der „berückelnden“ Politik, die zu bekämpfen einem richtigen Kommunisten wichtiger ist als der Klassenkampf gegen die Bourgeoisie. Nichtsdestoweniger blieb Serrati der unbedeutendste Führer der italienischen kommunistischen Partei, der gegenüber den Kommunisten nur ein bloßes Häuflein bildeten, bis der erstarrte Faschismus seine mit brutaler Gewalt niederzuschlagen.

In dieser Zeit war Serrati einer der von Moskau bestellten Männer, ohne selbst alle Brücken zum Dritten Internationale abzubauen. Damals erschien er gelegentlich des französischen Parteitages in Paris (Dezember 1921), zur fünftägigen Konferenz in Frankfurt (Februar 1922), bei der Berliner Konferenz der drei internationalen Exekutiven (April 1922), und es hatte den Anschein, als ob er nur auf die Gelegenheit warte, die italienische Partei, die die Dritte Internationale verlassen hatte, in die internationale sozialistische Bewegung vermittelnd wieder einzugliedern.

Aber die Verhältnisse in Italien brachten eine neue Wendung. Der Streit innerhalb der sozialistischen Partei, ob das Proletariat weiter in intransigenter „Partei auf die Revolution“ dem Erfahren der Konterrevolution zusehen oder es versuchen sollte, durch Annäherung etwa an die katholische „Volkspartei“ die Demokratie gegen den Faschismus zu stärken, kam im verhängnisvollen Augenblick der verhängnisvollsten Lösung: als es längere Zeit war. Die Partei spaltete sich zum zweiten mal mit dem einzigen Ergebnis, daß nun alle drei Reaktionen des italienischen Proletariats, die „Reinigte“ sozialistische Partei Turatis, die maximalistische Partei Serratis und die von Bordiga geführten Kommunisten gleich einfließen und wuchsen dem Wüten der faschistischen Wochensprecher ausgeliefert waren. Die Maximalisten beschloßen „ohne Vorbehalt“ den Wiedereintritt in die Dritte Internationale; aber die Delegation, die sie nach Moskau entsandten, überschritt ihre Befugnisse, indem sie sich auf dem Vierten kommunistischen Weltkongress neue „Bedingungen“, so vor allem die Aufgabe des Parteimanagements und die sofortige Verschmelzung mit den Kommunisten diktierten. Die Parteileitung, mit Ausnahme des Parteisekretärs, nahm die Bedingungen an; aber in der Partei selbst machte sich ein wachsender Widerstand geltend, der in ablehnenden Beschlüssen der maßgebenden Nationaler Session und in der Einsetzung eines „Komitees zur Verteidigung des Sozialismus“, dem unter anderem Vacca, Renni und Sacerdote angehören, seinen schärfsten Ausdruck fand.

So waren die letzten Wochen in Italien von heftigen Krisenerscheinungen innerhalb der maximalistischen Partei dominiert, die auf dem für Anfang April einberufenen Parteitag zu einer Läuterung und vom Bolschewismus zu drängen schienen. Die Krise steigerte sich, als Serrati nach langer Abwesenheit von Moskau zurückkam und seinen Stellvertreter Pietro Renni, der das Zentralorgan der Partei, den „Avanti“, in den Dienst des Widerstandes gegen die Verschmelzung mit der Kommunisten gestellt hatte, kurz nach seinem Amt als Chefredakteur entließ. Renni berief sich auf den Willen der Mehrheit der Parteimitglieder und die bevorstehende Entscheidung des Kongresses und — blieb. Erklärung folgte auf Erklärung, bis — Mussolini eintraf.

Es ist nun eine merkwürdige und gewiß nicht zufällige Erscheinung, daß reaktionäre Regierungen stets dann ein „Komunistisches Komplott“ erfinden, wenn die Arbeiterklasse eben im Begriff ist, die bolschewistische Verwirrung zu überwinden: die brutale Gewalt der Regierungen ist es, die die Anhänger der Gewalt in den Augen der Proletarier rehabilitiert. So geschah es in Frankreich, wo die Regierung Poincaré der in voller Auflösung begriffenen kommunistischen Partei heftig heftete, indem sie sich im Augenblick der höchsten Verwirrung einige Führer verhaftete und so der auseinanderfallenden Partei wieder revolutionäres Ansehen und moralischen Halt gab. Maximalismus, der jetzt unter der dümmsten Anklage in den Pariser Gefängnissen den Glauben an das demokratische Frankreich abspült, den er im Kriege so bedenkenlos betätigt hat, ist so wahrhaft unschuldig geworden. Und auch in Italien hat es den Anschein, als ob die reaktionäre Regierung Kommunisten brauchte, wie einst Bismarck und Graf

Reußler Schauspielhaus. Die ersten drei Vorstellungen der dritten Abonnementkarte müssen wie folgt entrichtet werden: Serie A in der Zeit vom 7. bis 12. März, Serie B vom 18. bis 20. März, vom 10. bis 12. März, an der Tageskasse. Neue Abonnement für die letzten sechs Vorstellungen werden vom 15. bis 20. März in der gleichen Zeit an der Tageskasse ausgeben.

Für diesen Sonntag befindet sich Sudermanns Schauspiel „Stein unter Steinen“ in Vorbereitung.

Wett-Straßenkonzert am nächsten Montag (7½) im Gewerkschafts-Saal. Dirigent: Edwin Lindner. Solist: Kammerleiter Dr. W. Staegemann. Schrifsteller: Simonie R. S. Sommer, Helmut Bekkum aus dem 24. Gewand. Der Platz mit Musik von Volbo Sigwart. Karten bei H. Kies, Seefr. 21.

Wera Schapira spielt in ihrem Rezitativ nächsten Sonntag (7½) im Palmengarten Park-Bldg. Orchestralmusik und Puppe G. Wolf, Schubert, Fortepiano, Fagott, Basson, Violoncelle G. Dur, Tarentella de bravura aus Stumme von Portici.

Volksklub, Dresden-N. (M. d. A. S. O.). Freitag (7½) in Stadt Leipzig singt Kameriänger Hans Rüdiger: Feiere Lieber aus alter Zeit. Am Bügel: Erno Wagner. — Samstag den 17. März spricht in Stadt Leipzig Otto Vernein aus dem Gedächtnis Herbert Hauptmanns „Wahmünder Thiel“. Wer den Teil „unter dem Thiel“ in unserm Blatt aufmerksam verfolgt hat, der weiß, daß Vernein einer der besten Vortragskünstler ist, die je in Dresden gehört wurden. Und gerade mit dem Wahmünder Thiel hat er, als er im im Anschluss Richter vortrug, einen starken, nachhalligen Eindruck erzielt. Edgar Dahnwald hat seinerzeit bei uns eingehend darüber berichtet. — Mittwoch den 25. April in der Dreifünfteck-Konzert: mit dem Dresdener Philharmonischen Orchester. Mitwirkung: Dr. Schnerz u. Carolsfeld (Orgel) und Frau Wagner-Schneer (Alt). Zur Aufführung kommen: Wagners „Die Walküre“, 23. Psalm von Schubert, Ave verum von Mozart, Ränke von Götz.

Volkschule, Kunstergeschichte III von Ernst Krieme: Donnerstag den 8. März: Schlußübung mit Bildbüchern: Künstlerische Sehen. — Sonntag den 11. März: Wandern mit Seebadant Johannes Ruppel nach dem Rappentein. Treffen: 6 Uhr 40 Minuten Hauptbahnhof, Eingang II. Abfahrt: 6 Uhr 10 Minuten nach Seebad. — Naturkundliche Ausflüge mit Dr. Fr. G. Käfer. Abfahrt: 11. Der Ausflug, der am Sonntag den 4. März wegen des schlechten Wetters ausfallen mußte, findet am Sonntag den 11. März statt. Treffen: 8 Uhr Endpunkt der Linie 6 in Rähnitz.

Zucker und Milch

Bestern gab es im Landtag Ernährungsdebatten. Erst war der Zucker dran. Der deutschnationale Herr Blier und der Volksparteiler Schmidt brachten lang und breit Forderungen über die Zuckerverteilung vor, demgegenüber Genosse Zellisch feststellen konnte, daß er von den Verbrauchern gar keine Klagen über die Zuckerverteilung bekommen hätte.

Dann ging's um die Milch. Die Milchhöchstpreise sind unsern Agrarpatrioten ein Dorn im Auge. Wie schon neulich, liefen sie gegen die Verordnung Sturm. Die agrarischen Abgeordneten Kammelsberg, Schreiber und Bauer jammernd herzerweichend über die Schädigung der Viehzucht und die Benachteiligung der Landwirtschaft durch die Milchhöchstpreise, die angeblich hinter den Herstellungskosten zurückbleiben. Herr Kammelsberg leugnete zwar ab, daß die Landwirte in einen Milchstreik eingetreten seien, drohte dafür aber mit dem Streik der Mähe. Wie üblich, suchten die Agrarier die Schuld an dem Nahrungsmittelwucher auf die Händler zu schieben. Blier haben wir es ja immer wieder erlebt, daß Händler und Produzenten sich gegenseitig die Schuld an der Teuerung geben. Die Landwirte brauchen schließlich den Händlern, die ihnen hohe Preise bieten, die Waren nicht zu verkaufen, wenn sie den Wucher nicht haben wollen. Genosse Zellisch zeigte, daß der Hinweis auf die Herstellungskosten nur ein Täuschungsmanöver sei. Die Herstellungskosten der Milch lassen sich gar nicht besonders feststellen. Wenn heute die Milchpreise wirklich nicht hoch genug wären, was entschieden zu bezweifeln ist, so würden die Landwirte reichlich dafür entschädigt werden durch die hohen Viehpreise, die jedes vernünftige Vieh weit übersteigen. Genosse Blier erinnerte die Agrarier an ihre Wahlplattform. Da hätten sie die sozialistische Regierung für Schiebepolitik und Wucher verantwortlich gemacht, aber jetzt, wo die Regierung versuche, bei einem der wichtigsten Nahrungsmittel den Wucher zu verhindern, da setze ein Lieferstreik ein, der die Gesundheit von Kindern, Kranken und Greisen aufs schwerste gefährdet. Die Agrarier hatten mit ihrem Vorstoß gegen die Milchhöchstpreise kein Glück. Mit den Stimmen der Demokraten und der sozialistischen Parteien wurde ihr Antrag abgelehnt, der eine Aufhebung der Milchhöchstpreise verlangte.

Sächsischer Landtag

22. Sitzung, Dienstag, 6. März 1923, vormittags 11 Uhr. (Schluß)

Der Kinderheilsantrag wurde mit den Stimmen der Linkenheit abgelehnt, worauf der Wucherantrag gegen die beiden Rechtsparteien Annahme fand.

Der Haushaltsauftrag A. Berichterstatter Frau Büttner (Soz.), beantragte ferner, den deutschnationalen Antrag auf

Aufhebung der Milchhöchstpreisverordnung abzulehnen. Die Regierung soll aber ersucht werden, in eine Nachprüfung der Preisbegrenzungen einzutreten.

Herr Kammelsberg (Dnat. Fr.) erbat in der Verordnung eine Ausnahmehandlung der sächsischen Landwirte im allgemeinen. Man solle sich freuen, daß die Landwirtschaft jetzt etwas mehr Einnahmen habe, um ihre Betriebe aufrecht zu erhalten zu können.

Wirtschaftsminister Zellisch: Die Vertreter des Landesmannes „Anarchisten“ gebraucht haben, weil dem bürgerlichen Regime nichts erwünschter ist als der Wegfall revolutionärer „Beschwerden“, der den bequemsten Vorwand schafft für die Unterdrückung der gesamten Arbeiterbewegung, während der bürgerlichen Herrschaft nichts gefährlicher ist als eine Arbeiterkraft, die die Methoden unermüdlicher Gewalt übernommen hat. So können die Arbeiter aller Länder aus dem neuesten Stadium des sozialistischen Zerfalls die Rechte ziehen, daß die Wählermehrheit ebenso ein Mittel bürgerlicher Regierungsmittel zur Verwirrung der Arbeiterklasse sein kann wie die Bürgerkriegspolitik und die nationale Einheitsfront ein wird. Und wenn Genosse Serrati heute ins Gespräch muß, so wird nicht Moskau mit seinen Methoden ihn dazu beiziehen, sondern nur die Aktionskraft des italienischen Proletariats, die es nur über die zweifache Moskauer Spaltung hinweg wiedererlangen kann!

Wahlniederlagen der englischen Regierung

In diesen Tagen haben zwei Nachwahlen zum englischen Unterhaus stattgefunden, um in für ziemlich sicher gehaltenen Wahlkreisen dem englischen Wohlfahrtsminister und einem Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, die bei der allgemeinen Wahl im November durchgefallen waren, Gelegenheit zu geben, einen Unterhaussitz zu erhalten. Beide Wahlgewinne sind nach heftigen Kämpfen, in denen die passiv Außenpolitik, aber vor allem die Wohnungspolitik der Regierung eine große Rolle gespielt haben, zuungunsten der konservativen ausgefallen. Der Wohlfahrtsminister wurde, infolge der Aufstellung eines unabhängigen konservativen, der die Wohnungspolitik der Regierung bekämpfte, von einem Arbeiterpartei, der Unterstaatssekretär Hill von einem Liberalen geschlagen.

Milchverbilligung?

Das obdenburgische Staatsministerium hat an das Reichsernährungsministerium eine Eingabe gerichtet, die nach dem Vorschlag der obdenburgischen Landwirtschaftskammer die Einführung einer allgemeinen Quotenregelung von 1000 Litern pro Hund und Verbilligung der Milch empfiehlt. Der Antrag dieser Kammer soll sich für das Reich auf 400 Milliarden beschränken. Dadurch soll bei dem Liter Milch eine Verbilligung um etwa 20 Pfennig eintreten.

Wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, steht man dem Vorschlag einwärtigen skeptisch gegenüber, obwohl er für den Konsumenten zunächst etwas Bestehendes an sich hat. Derartige Methoden zur Milchverbilligung sind wiederholt erproben worden, aber immer wieder ist man von dieser Art Zwangsverbilligung abgekommen. Schon früher haben Ernährungsminister ähnliche Gedanken, wie zum Beispiel Juedenweiser auf Spiritus und Zucker (etwa 2 Mark auf das Pfund) zu legen, abgelehnt, weil diese Steuerart nicht in unser Steuerwesen paßt und nicht zu dem gewünschten Ziel führt. Wären heute diese gerade in den Milch- und Buttergebieten infolge der Quotenregelung die höchsten Milch- und Butterpreise.

Das Reichsernährungsministerium hat zu dem obdenburgischen Vorschlag noch keine Stellung angenommen; wahrscheinlich bleibt es bei dem bisher eingeschlagenen Wege der Milchverbilligung aus Reichsmitteln. Es sollen acht Milliarden zur Verbilligung bereitgestellt werden.

Kleine politische Nachrichten

Regierungskrise in Norwegen. In Norwegen ist jetzt die schon seit einiger Zeit erwartete Regierungskrise eingetreten. Das Kabinett ist zurückgetreten, weil der Storting den von der Reize-

kulturrates haben sich bei Erlass der Höchstpreis-Verordnung selbst und freiwillig ausgeschaltet, und sie wollen auch nicht mitarbeiten, bevor nicht die Verordnung gefallen ist. Nur ein Teil der Landwirtschaft läßt gegen die Höchstpreise Sturm. Die Landwirtschaft erkennt selbst an, daß bei der Milch höheren Herstellungskosten nicht berechnet werden können. Dagegen sind die Viehpreise in geradezu unerhörter Weise gestiegen, und zwar noch in einer Zeit, in der der Dollar gegenüber seinem Höchststande um mehr als 100 Prozent gefallen ist. Wegen dieser unerhörten Preiswucher hat selbst das Reichsernährungsministerium Stellung genommen. (Urteile rechts.) Der Bauer fordert nicht bloß den Höchstpreis, wozu er berechtigt ist, er fordert auch den Marktpreis und nicht nur diesen, sondern er verlangt den künftigen Marktpreis. (Recht, Recht, hier! links.)

Der ungeheure Viehwucher

erreichte bezeichnenderweise seinen Höchststand erst, als die Milch in das Ruhrgebiet geschafft werden muß. Ich erkenne durchaus an, was die Landwirtschaft für die Kuhhilfe geleistet hat, aber auf der anderen Seite hat sie auch verstanden, es wieder herauszuholen. (Lärm rechts; leb. Zustimmung links.)

Herr Kühn (Soz.): Die Entblühung des Landes von Vieh-erzeugnissen trete allerdings stark in Erscheinung. Es spiele sich hier ein zäher Kampf zwischen den Führern der Landwirtschaft und den Konsumenten ab. An dieser Entblühung trage nicht bloß die Landwirtschaft schuld, sondern vor allem jene Preise, die den Bauern überall ins Ohr hämmern: Wenn ihr nicht liefert, wird sich die Höchstpreisverordnung von selbst erledigen! Die Justiz besage — trotz allen Anweisungen des Justizministeriums — gegenüber den Wuchern, Schiebern und Schleichhändlern vollkommen. Wenn es der Landwirtschaft wirklich ernst mit ihrer Sorge um die Viehproduktion wäre, dann müßte sie doch die scharfen Kontrollmaßnahmen der Aufsichtsbehörden dahingehen, daß die auf dem Lande zu Höchstpreisen aufgetauften Viehprodukte auch wirklich zu Höchstpreisen in der Großstadt abgesetzt werden, unterfänden. Nach den bisherigen Beobachtungen scheint das aber nicht der Fall zu sein. Vieles wird gesagt, Händler und Landwirte seien unter einer Decke. Mit Verordnungen und Anordnungen allein ist nichts getan, sondern man muß den Aufsichtsbehörden die Möglichkeit geben, von sich aus durch die Tat zu beweisen, daß Schleichhandel und Wucher schon zu bekämpfen sind, wenn auch nicht restlos.

Wirtschaftsminister Zellisch bedauert die Angriffe des Verwehners auf das Ministerium. Kühn stelle Forderungen, von denen er wisse, daß sie ein föhlicher Minister nicht erfüllen kann. Eine geschickte Grundidee für einen Verkauf von Lebensmitteln zu Höchstpreisen gebe es nicht. Niemand sei verpflichtet, zu verkaufen. Kühn als Amtsinhaber wolle aus seinem Bezirk keine Lebensmittel herauslassen, ein Gesichtspunkt, von dem er sich als Minister nicht lassen lassen könne.

Herr Schmidt (D. Fr.): Höchstpreise vertreiben nur die Ware vom Markt, womit den Verbrauchern aber nicht geholfen ist.

Herr Schreiber (Dnat. Fr.) wendet sich gegen den Minister, der die Opferwilligkeit der Landwirtschaft in den Staub gesogen habe.

Herr Kühn (Soz.) sagt, er habe keinen Angriff auf das Ministerium gerichtet, sondern lediglich eine Maßnahme des letzteren kritisiert, ein Recht, das er sich als Abgeordneter nicht nehmen lassen werde, auch dann nicht, wenn der Minister ein Parteigenosse sei.

Nach einer Entgegnung des Ministers und nach Ausführungen des Kommunisten Schuller wird der Ausschussantrag gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien angenommen.

Der Gesetzesentwurf über die Abänderung des Gesetzes über die Altersrenten für Kleinrentner wird einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 8. März.

rum vorbereiteten Handelsvertrag mit Portugal, der eine Einfuhr von 800 000 Liter für die Einfuhr deutscher Weine vorzäh, und den damit im Zusammenhang stehenden Vorschlag einer neuen Volksabstimmung über das Alkoholverbot mit 119 gegen 88 Stimmen abgelehnt hat. Der Führer der konservativen Partei, Galowen, ist mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt worden. Seine Partei lehnt es ab, nochmals eine Volksabstimmung über das neue Alkoholverbot vornehmen zu lassen; sie will vielmehr das Verbot durch einen einfachen Beschluß des Stortings beseitigen. Es ist aber sehr fraglich, ob die Mehrheit des Parlaments wirklich dafür zu haben ist.

Vom irischen Freiheitskampf. Die Behörden des südrischen Freistaats melden, daß in verschiedenen Teilen des Landes weitere Revolten gelangengewesen und Waffen erbeutet wurden. In Sligo kam es zu einem scharfen Gefecht zwischen 30 Soldaten und 70 Aufständischen. Auf beiden Seiten fielen mehrere Leute.

Der Dollar 20623,31

Berlin, 7. März. (Schl.)		7. S.	7. S.	6. S.	6. S.
		Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 Gulden	8179,50	8220,50	8917,65	8902,85
Buenos Aires	1 Peso	7890,72	7729,28	8403,83	8448,07
Kopenhagen	1 Krone	8790,62	8799,48	4109,70	4130,80
Dänemark	1 Krone	8990,07	8998,93	4804,21	4825,79
Schweden	1 Krone	5516,17	5543,83	5899,66	6030,04
Frankfurt	1 fin. Mark	575,90	578,70	626,48	628,57
Belgien	1 frank	1087,27	1092,73	1199,49	1205,51
Italien	1 Lire	982,58	987,47	1079,79	1085,21
London	1 lib. Sterl.	8775,--	8824,--	10623,70	10678,90
Pariser	1 Dollar	20623,31	20726,69	22618,56	22931,44
Warsz.	1 frank	1245,97	1258,18	1874,58	1891,45
Schweiz	1 frank	8987,88	8987,12	4204,46	4255,54
Spanien	1 Peleta	8204,46	8220,54	3508,21	3528,79
Wien (abgest.)	100 Kronen	28,27	28,48	31,42	31,58
Wrag	1 Krone	611,46	614,54	668,38	671,68
Wuhapest	1 Krone	6,70	6,74	7,43	7,47

Polnische Noten 47,--

zu Berlin, 7. März. (Eig. Draht.) Bei sehr ruhigem Geschäft kam es heute vormittag am Devisenmarkt zu leichten Abschwächungen. Die Furcht vor der Möglichkeit einer weiteren Interventionstätigkeit der Reichsbank, die nach unseren Informationen aber unbegründet ist, veranlaßt besonders schwache Preise, ihre Besten abzugeben. Zum großen Teil wirkt auch noch die Geldknappheit auf die Bewegung ein. Von einem größeren Angebot ist allerdings nicht die Rede. Die Kurse gehen langsam zurück, zumal der berufsmäßige Devisenhandel nur wenig Kursnahmefähigkeit zeigt. Der Dollar notierte nach 22 500 21 800. Von sonstigen Kursen hörte man London mit 104 000. Im Verlaufe der Woche ging der Dollar bis auf 20 887 zurück.

Die Effektenbörsen stehen im Zeichen der Anspannung. Obwohl sich die Vermutungen über die Verhältnisse, die man an der Börse in der Rede des Reichsbankers genützt hatte, nicht erfüllt haben, so herrscht doch noch wie vor Zurückhaltung. Hier und da sind Einboten weiterer Abschwächungen zu verzeichnen. Allerdings rechnen man vielfach damit, daß sich im Laufe des nachdrücklichen Verkehrs eine letzte Erhöhung durchsetzen und die Spekulation zu Rückkäufen schreiten wird.

Wasserstände der Weidau, Ufer, Eger und Elbe

Weidau		Ufer		Eger		Elbe	
Rehört 5.		8		Rehört 5.		6.	
Waldau	Subweiss	.. 20	+ 48	Grandeis	+ 129	+ 127	
Waldau	Waldau	.. 94	+ 114	Reinisch	+ 143	+ 149	
Waldau	Jungbunzlau	.. 5	+ 10	Seltmeritz	+ 184	+ 148	
Eger	Dau	.. 148	+ 148	Kuffitz	+ 187	+ 194	
Elbe	Waldau	.. fällt	- 8	Dresden	+ 82	+ 83	

Euno über die Ruhrbesetzung

Deutscher Reichstag

311. Sitzung vom Dienstag den 6. März 1923, nachmittags 5 Uhr.

Auf der Regierungsbank hat das gesamte Kabinett Platz genommen. Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt. — Präsident Euno eröffnet die Sitzung mit einer kurzen Ansprache und gedenkt dann des Ablebens des deutschen Volkshelden in Paris Dr. Naber, der 13 Jahre lang dem Reichstag angehört hat. — Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein, auf der die Entgegennahme einer Regierungserklärung steht.

Reichstanzler Dr. Euno:

Ohne jede Ankündigung haben französische Truppen am 8. März das Gasengbiet von Mannheim besetzt, die Herrschaft über den Hafen von Karlsruhe ergriffen und Eisenbahnverhältnisse und das Elektrizitätswesen in Darmstadt besetzt. Würde das irgendwo sonst unter zivilisierten Nationen geschehen, so würde die Welt voll der Entrüstung über solchen Rechtsbruch sein. Da es aber an Deutschland geschieht, so hält man es als eine kleine Erweiterung der Autokratie seines besonderen Aufhebens wert. Frankreich selbst bemüht sich kaum, Rechtsgründe für sein Vorgehen zu geben. Die Verletzung von Mächten im Rhein-Gebiet-Kanal muß als Vorwand für diesen neuen Rechtsbruch gelten. Das Vorgehen Frankreichs, dem die im Friedensvertrag vorgesehene Begrenzung der Rückenschiffe nicht mehr genügt, hat ein Regierungsmitglied im englischen Unterhaus bereits als jeder vertragsmäßigen Grundlage entbehrend gekennzeichnet. Wenige Tage vor dem Einbruch hat Frankreich die derücklichtete

Blutverordnung gegen die Eisenbahner

erlassen, die durch Strafbestimmungen von unerhörter Grausamkeit gezwungen werden sollen, im Überschuß mit ihrem Dienst an der rechtswidrigen Aktion teilzunehmen. Die französische Regierung ist in der Verfolgung d. s. am 10. Januar betretenen Weges der Gewalt konsequent geblieben. Zwischen den beiden Nachbarvölkern, die aller Kräfte bedürfen, um die Wunden zu heilen, ist ein Haß entstanden, den wieder abzutragen eine ungeheuer schwere Aufgabe sein wird. Es ist notwendig, weithin sichtbar ein Warnungssignal aufzustellen: die letzten sieben Wochen sind nicht spurlos an unserm Volke vorübergegangen. (Lebhaft. Sehr richtig!) Protest über Protest geht in die Welt gegen Frankreichs Rechtsbrüche. Als ginge das alles der Welt nichts an, werden diese Proteste von ihr mit einem Achselzucken hingenommen. Und doch ist es die neue von den Mächten für die Errichtung eines dauernden Friedens geschlossene und verbriefte Rechtsordnung, gegen die sich der französische Vorstoß ebenso richtet wie gegen Deutschland und seine demokratische Staatsordnung. Wir müssen so klar und deutlich es nur immer möglich ist, unser eigenes Recht festhalten und die Welt warnen, daß Unrecht auf Unrecht nicht immer höher bis zur Unenträglichkeit gehäuft wird.

Wir haben nichts zu verheimlichen. Wir brauchen uns nicht gegenüber dem Wunsch nach Rechnungslegung hinter verschlossene Türen und Tagungen zurückziehen. Unser Schild ist blank. (Widerpruch bei den Kommunisten. — Große Unruhe rechts.) Am 9. Januar teilte uns Frankreich mit, es werde eine aus Ingenieuren bestehende Kommission ins Ruhrgebiet entsenden, um die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung unserer Verpflichtungen zu treffen, es denke aber nicht an eine militärische Operation oder an eine Besetzung politischer Art. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Ein ungeheures Militäraufgebot

Im Ruhrgebiet, Verordnungen über Verordnungen, Ausweisungen und Verhaftungen, Bestrafungen und Schikanen in unerhörtem Maße sind die Begleitumstände der „friedlichen“ Aktion. Insgesamt wurden 1781 Beamte ausgewiesen und 78 bestraft. Die Ausweisungen und Verhaftungen haben ganze deutsche Behörden ihres Hauptes und ihrer Glieder beraubt. Brutal und ungleichmäßig ist bei diesen Ausweisungen verfahren worden. Personen von mehr als 60 Jahren wurden in kalter Winternacht auf offene Landstraße ausgeführt. Auch die Familien, darunter Kranke Frauen und Kinder, hat man mit überlegter Grausamkeit abgehoben. In den Gefangenen läßt man mehr die Angehörigen nach die Vertreter des roten Kreuzes. Besonders rasch wird gegen die braven Schutzpolizisten vorgegangen, die unter großer Aufopferung bis zur Grenze der Selbstverleugung ihren schmerzlichen Dienst verrichtet haben. Javallos sind die Rückstellungen mit der Reichspolizei und mit dem Gewehr verbunden. Wie gegen den einzelnen, so wendet sich der Heber aus der fremden Soldateska auch gegen ganze Städte. In Reddinghausen führt der General Laignel ein wackeres Schützenregiment. Er hat erklärt, vor den schärfsten Maßnahmen nicht zurückzufahren, bis Reddinghausen vor ihm auf den Knien liegt. (Stürmische Parufe.) Das Wohl der Bevölkerung sei ihm gleichgültig. (Erneute Entrüstungsbrufe.) Diesen Worten entsprechen auch seine Taten. Ich brauche bloß auf das Wüten der Offiziere hinzuweisen, die während der Aufführung des „König Lear“ in das Stadttheater eindringen und die Zuschauer mit der Reichspolizei vertrieben. Die Behandlung der Gefangenen ist skandalös. Sie

müssen auf blankem Boden liegen und erhalten eine sehr mangelhafte Verpflegung. Diese Unmenschlichkeit richtet sich ebenso gegen Kranke, Obdachlose und Kinder. Dazu kommen die Statuten, denen immer wieder friedliche Bürger zum Opfer fallen. Die Absicht, die mit diesem Schreckenregiment verfolgt wird, ist klar: Ausschöpfung der Behörden, Entfernung ungewisser Beamten und Einschüchterung der Einwohner. Mit den Beamten teilen sich die Führer des politischen Lebens und der Gewerkschaften, die Vertreter der freien öffentlichen Meinung, der Presse, in die Ehre der Verdrückung. Wo ist die Ehre? Bei den schimpflich Gefangenen und brutal Mißhandelten oder bei der Nation, die sich gern die ritterliche nennen läßt. (Rachen rechts und in der Mitte.) So sieht

die Passivseite der französisch-belgischen Bilanz

in ihrem ersten und meistbelastenden Posten aus. In die Zeiten des Dreißigjährigen Krieges gemacht, was ein Verbrechen gegen Leib und Leben, Geld und Gut in den Zeiten der Jugendzeit: Wässon an der Ruhr und am Rhein im Jahre 1923 geschah. Der zweite Posten der Passivseite ist die Erfolgslosigkeit der Versuche, Kohle zu bekommen. Vom 11. Januar bis 5. März hätte Frankreich 21 Millionen Tonnen Kohle erhalten sollen. Bekommen hat es noch Einstellung unserer Lieferungen während dieser Zeit im ganzen 74 000 Tonnen, etwas mehr als den täglichen Bedarf, der zu liefern gewesen wäre. In Holz sollte Frankreich im Jahre 1922 166 000 Hektometer erhalten. Bekommen hat es 22 000 Meter. Der Rest war bis zum 31. März 1923 ausgefallt. Infolge des Ruhrereignisses erleidet Frankreich nichts. Zu diesem Ausfall kommen die Einbußen an Reparationsleistungen und als dritter Posten erscheinen auf der Passivseite die ungeheuren Aufwendungen für die Unterhaltung der Truppen, die nur zu einem nicht nennenswerten Teil durch Raub und Diebstahl gedeckt worden sind. Unproduktivität auf der ganzen Linie, das ist das Kennzeichen des Ruhrunternehmens zur Erfassung produktiver Pfänder. Trotzdem ist Poincaré mit dem Ergebnis zufrieden, obwohl in Rotterdam bereits 80 Hochöfen gelöscht werden mußten, der Kohlepreis um das Doppelte gestiegen ist und der Wert des Franken sank. Das Anleihenbedürfnis Frankreichs zur Deckung der Kosten des Ruhrunternehmens wächst täglich. Auf diesem Wege wird Frankreich sein wirtschaftliches Ziel nicht erreichen. Eines aber hat es schon erreicht: stärker und einseitiger ist

die Geschlossenheit der deutschen Bevölkerung an Ruhr und Rhein

als je zuvor. Waffenlos im großen Sinne des Wortes, hat Deutschland seine harte Wehr im Willen des freien Mannes, der dem Rechte gehorcht, sich der Gewalt aber mit verwehrten Armen entsetzt. (Lebhaft. Sehr gut!) Und würden die Franzosen noch lange im Ruhrgebiet stehen und statt der deutschen Arbeiter fremde Kolonnen bringen, der Fluß der Unfruchtbarkeit würde sie verfolgen. Das Land der reichsten industriellen Schöpferkraft, der angepanntesten Tätigkeit würde ihnen weniger bringen, als die die Kosten ihres Aufenthaltes. Wir bekennen uns heute erneut zum passiven Widerstand, dessen Ziel die Errichtung eines ehrlichen und dauerhaften Friedens ist. Dieser passive Widerstand der Ruhrbevölkerung ist nicht von der Regierung befohlen, sondern erwachsen aus der Treue des Volkes zu seiner Heimat. Er ist über das Ruhrgebiet hinaus auf das ganze Reich übergegangen und wird dauern, bis der Tag kommt, an dem wir befreit sind von dem Druck des Zwanges. (Stürm. Beifall.) Wir wissen, auch dieser Kampf hat seine Opfer an Leib und Leben und wir danken allen den tapfern Männern, deren Ehre eine ausländische Gefangenschaft erhöht, wir denken an ihre Frauen und Kinder und fühlen uns eins mit ihnen in der Verpflichtung unüberdäulier wirksamer Gemeinschaft. In Politik und Wirtschaft haben wir alles auf diesen Kampf und diese Gemeinschaft eingestellt. An Kohle, Rohstoffen und Aufträgen fehlt es bereits nicht im unbesetzten Gebiet. Dem Verfall der Ruhr sind wir mit Erfolg entgegengetreten und wenn die Säugung der Ruhr neben Schiebern und Spekulanten auch manchen im ehrlichen Ringen stehenden Schuldlos schädigen mochte, so war und ist die rücksichtslose Durchführung nötig. Neuen Preissteigerungen mit allen ihren schweren Folgen werden wir entgegenwirken suchen. Wirken wir so von der Währungsseite den Preissteigerungen entgegen, so soll gleichzeitig eine sozialwirtschaftliche Gesetze beachtende, privaten Bereicherungsabsichten aber schonungslos entgegenstehende Währungsbeschränkung von der andern Seite her unsern gepfeinigten Kampf Schutz gegen Ausbeutung und Vertrauen zum Staate geben. (Beifall.)

Die Möglichkeit einer werterhaltenden Vermögensanlage soll dem Sparen wieder zu einem wirtschaftsmerkmöglichen Sinn verhelfen. An alle Lebenden richte ich die erste Aufforderung, sich der Zeichnung der Goldanleihe nicht zu entziehen. Mit es ein vernünftiges Hoffen, daß der Welt, der in den bedrohten Grenzmarken herrscht, auch im Binnenlande stark und fester werde? Oder ist es nicht doch bereits so, daß Parteien immer mehr zum

Werkzeug werden und immer stärker sich überall der Staatsgebäude als das Gemeinwohl durchsetzen? (Sehr richtig!) In einer großen Gemeinschaft haben Männer und Stände, die in anderer Auffassung groß geworden sind. Treu der Heimat, verteidigen sie dieses Recht mit der Kraft ihrer Hände und mit der ganzen Wärme des Herzens als den Staat, der ihr Staat ist. In diesen Staat geht es jetzt, um nichts anderes. Gold und Kohle, Geld und Gut konnte Frankreich nun und in Frieden haben bis zur Grenze unserer Leistungen, kann es heute haben, nach christlicher, freier Verhandlung. Keine deutsche Reparation hat die Reparationsaufgaben grundsätzlich abgesehen und keine hat nicht das Ihre getan, um die Leistungsaufgaben im Rahmen des Möglichen zu erfüllen. Vom 11. November 1918 bis zum 30. September 1922 haben die Leistungen Deutschlands aus dem Friedensvertrage den Betrag von 66,5 Goldmillarden oder nach dem heutigen Dollarkurs von 285 Billionen Papiermark erreicht. Diese ungeheuren Leistungen sind nicht bewirkt aus der blühenden Wirtschaft des Jahres 1918, sondern aus der verstopften Wirtschaft des Jahres 1918. Es ist mehr als eine bloße Schwächung, daß das deutsche Volkvermögen bis auf die Hälfte verringert wurde. Die Welt will das nicht wissen und doch ist es so. Aber immer noch sagt man, obwohl Deutschland immer bereit war zum Wiederaufbau, es sei alles wenig, was Deutschland im Verhältnis zur Höhe seiner Wirtschaft geleistet habe. Man spricht immer noch von den Riesengewinnen der deutschen Industrie. Aber die Tatsachen unserer Leistungen werden nicht dadurch aus der Welt geschafft, daß die Franzosen nur einen Teil dieser Leistungen anrechnen. Auf jeden Fall sind die Opfer Deutschlands noch etwas anderes als die Opfer, die Frankreich für den eigenen Wiederaufbau bringt. Die deutschen Opfer gehen unter Wirtschaft unbillig verloren und kommen der des früheren Kriegesagners zugute.

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

Kann nicht nach den Wünschen des Gläubigers, sondern nach den künftigen Sachverhältnissen bemessen werden. Bis zur Grenze der sich heraus ergebenden Leistungsfähigkeit hat auch die gegenwärtige Regierung sich bereit erklärt, den Reparationsanforderungen entsprechen zu wollen. Die Vorschläge, die wir für die Konferenz in London machten, sollten uns dem Ziele, die von Deutschland zu zahlenden Summen auf ein beider Seiten erträgliches und für Deutschland erfüllbares Maß festzusetzen, näher bringen. Wir haben für Paris neue Vorschläge ausgearbeitet, bei deren Annahme der Frank heute besser stünde, als er jetzt infolge des Ruhrereignisses steht. Hinter diesem Vorschlag stand die Kraft der deutschen Wirtschaft als Sicherheit. Staat und Wirtschaft waren gewillt, dieser Sicherheit die gegebene feste Form zu geben. Aber all das wurde nicht gebildet. Das französische Weltbuch und das englische Weltbuch zeigen, daß kein deutscher Vorschlag imstande gewesen wäre, Herrn Poincaré von dem bereits beschlossenen Einverständnis in das Ruhrgebiet zurückzuhalten. (Sehr gut!) Im jeden Verbal, als wollten wir Frankreich am Rhein bedrohen, zu beiraten, taten wir ein Leichtes und boten den Friedenspakt an. All diese Angebote waren bitter schwer für den, dem Geschichte zu gefallen kein bloßes Spiel der Geschicklichkeit und der Anpassung, sondern eine ernste Aufgabe der Durchsetzung sittlicher Rechte, und Grundfrage ist, bitter schwer für den, dem das Diktat von Versailles nicht der uns versprochene gerechte Friede ist. All unser Vermögen und unsern besten ethischen Willen haben wir an diese Angebote angewendet (Sehr richtig!); daß Frankreich sie ablehnte, ändert nichts an der Richtigkeit dieser Politik. (Zustimmung.) Sie war notwendig und richtig, um unser Volk im Bewußtsein eines reinen Gewissens und eines unvermeidbaren Geschicks zu fester Einheit zusammenzufassen und die Gerechtigkeit unserer Sache vor der Welt zu erweisen.

Wir wollten ehrlichen Dergens die Reparationen,

wollten aufrichtig den Weg der Arbeit zur endgültigen vollen Freiheit gehen, wollten die Verständigung der Völker statt ihres Haßes — wir wollen es noch! (Lebhafter Beifall.) Frankreich wollte

die Beförderung Deutschlands,

jenes alte Ziel, das seit mehr als 400 Jahren der französische Politik eigen ist. Will Frankreich auf diesem Wege weitergehen, so mag es daran denken, daß Ehrgeiz, der weit über die Grundlage des eigenen Volkstums hinaus Länder und Völker eigenen Hegegedanken Lebensrechtes umspannt, in der Geschichte mehr als ein mal wieder zu Fall gekommen ist, nach furchtbaren Erschütterungen der europäischen, aber auch der französischen Volkskraft. (Sehr richtig!) Frankreich mag alle Kraft anstrengen, Deutschland zu gerichten. Gelingen es ihm — aus tiefer Seele find wir überzeugt, daß es ihm nicht gelingen kann! (Lebhafter Zustimmung) — so würde das nicht Glück und Frieden für Frankreich, sondern Unheil und Friedlosigkeit für Europa bedeuten. (Lebhafter sehr richtig!) Das ist die Frage, vor der Europa heute steht. Wir wollten und wollen die Verständigung der Völker. Das ist so offensichtlich, daß es keiner Geschicklichkeit ergehen wird, Deutschland die Verantwortung an allen diesen Rechtsbrüchen zuzuschreiben. (Sehr richtig!) Frankreich ist nicht ins Ruhrgebiet eingedrungen, weil wir nicht verhandeln wollten, sondern weil Frankreich nicht verhandeln wollte. Deshalb schlug es die Hand Deutsch-

Der Einsam

Erzählung von Ludwig Anzengruber

IV.

Daß sich die Burschen Montags abends im Wirtshaus versammelten, war hergebracht, daß ein oder der andre Bauer dorthin kam, um seinen Abendtrunk zu sich zu nehmen, war nichts Besonderes, heute aber hatten sich auch die Frommen eingefunden, der Lange, der Schuster und der Schneider und die andern, deren Art das sonst nicht war, und darum gab es an dem Burschenschaft verwunderliche Gesichter und lange Häse, und die gewöhnlichen Gäste sahen ziemlich mischaulich unter den seltenen.

„Se, Wirt,“ rief der Lange.

„Bin schon da,“ sagte der Gerufene hynuellend.

„Weißt's schon?“

„Was?“

„Wirst bald ein Rundschaft verlieren.“

„Wär mir nit lieb.“

„Wird dich nit fränken. 'n Einsam mein' ich, der soll austreiben werd'n. Freilich, was d' ihm gestern noch auf Borg geben hast, das kannst wohl mit der Kohlen in' Rauchfang schreiben.“

„Sol's hin sein, ich büß' s gern ein, wenn wir den nur los werd'n! Aber wieso geht denn dös mit einmal so schnell?“

„Der Bur'meister ist weg'fahr'n,“ sagte der Schuster.

„Deut' fruh noch bezeit,“ krächte der Schneider.

„Weiß ich eh'rüber,“ meinte der Wirt, „aber wohin denn?“

„Daß dir saagen, laßt euch saagen,“ begann der Lange, „ich hab's vom G'meind'schreiber. Der Herr Pfarrer ist heut' fruh auf d' Kanzlei g'rentt kommen und hat g'sagt, der Einsam müßt' weg; in gutem, dasselbe hätt' er schon heraus, wär' mit dem nig' s' richten.“

„War eh' unser Reden,“ drummten eillich dazwischen.

„Ganz unbotmäß'ig hätt' er sich gegen ihn, 'n hochwürdig' Herrn, aufgeführt und — dös hat mer der G'meind'schreiber g'sagt — nit schlecht muß er ausgehört haben, weil der Hochwürdig' nachträglich noch völlig g'sprochen is vor G'f. Ra, der Alte wollt' erst a G'schrift aufsetzen und ans Schandamerikommando schicken, aber der Pfarrer hat gleich

g'sagt, selb' dauert a'lang, gib' leicht a unndig' Schreiberlein hin und her, g'scheiter, der Burgermeister setzt sich selber auf, fahrt nach der Kreisstadt und bracht' dorn Herrn Kommandanten die Beschwerde vor, so daß mer ohne viel Federlesen den Burschen aufgreift, zum Ausweis verhaft' und dahin abschickt, wohin er zuständig is.“

„Ah, so mir nit, dir nit, laßt sich der nit aufgreifen,“ sagte der Schuster, „ich hab' ja gehört, er hat sich verchwor'n, daß er auf sie schreit.“

„Und der halt' sein Wort, da gib't's Mord und Totschlag!“ schrie der Schneider.

„Nu zu, nur zu,“ rief der Lange, „soll sich nur zur Wehr setzen, wann f' n dann krieg'n, lassen f' ihn nimmer sobald wieder aus!“

„Jesse, nein,“ sagte der gutmütige Wehädige, „wann ich denk', wie leicht da eins zum Krüppel g'schossen werden kann, da bebauern mich doch die armen Leut', die Schindler.“

„Ach was,“ entgegnete der Lange, „das is ihner Brot und ohne uns Bauern gib't's gar kein Brot und drum muß der Kaiser auf uns schau'n und seine Leut' müssen uns beistehn.“

„No, ein' schweren Stand werden f' schon haben,“ meinte der Schuster, „denn selb' ist g'wis, was sich für G'f'ndel da in der Gegend aufhalt', dös wird all's 'm Einsam zurennen und ihm helfen.“

„An die Hundert finden sich sicher g'samm!“ schrie der Schneider.

„Daß dich nit auslachen,“ sagte der Lange, „ein oder der andre möcht's etwa willens sein, wann er davon erfahrt, dazu bleib' aber gar kein' Zeit, daß a Rundschaft auskommt, dazur is ja alles so ein'g'fäbelt, daß vielleicht morgen schon der ganze Rummel vorbei is! Ah, der Herr Pfarrer, der weiß sich aus, der sadelt nit lang h'rum, dös is unser Mann, und dös sa' ich, Manner, daß mer saagen kann, von heut' an hebt' sehr Herrschaft an und die untre, was wir zu ihm halten!“

Die Herrschaft derjenigen, welche zu dem Pfarrer hielten, war wenigstens schon soweit geblieben, als sie jetzt aufbrachen, — weil kein anständiger Christmensch das Abendklaten im

* Schindler = der Gendarm, die Gendarmen, auch die Gendarmerei.

Wirtshaus abwartete — daß auch jene, deren Mann der Pfarrer lust nicht war, gleichfalls zahlten und gingen.

Die Burschen waren nun unter sich und der Schneider-Tomerl deutete sich über den Tisch und flüsterte: „Höt's du'n, soll'n wir nit g'sammhalten und 'm Einsam helfen, d' Schindler verjagen?“

„Ah, daß mer etwa ein' Bongaretsch in' Leib kriegt oder ang'schossen würd?“ sagte einer.

„Dazu sein mer uns' s' gut,“ meinte ein anderer.

„Und der Einsam s' schlecht,“ ein dritter.

„Und Kamerad is er ja nit zu uns!“ erklärte der erste.

„Mein, er is kein Kamerad,“ murmelten alle.

„Aber betwarnen soll' mer 'n doch,“ sagte der Tomerl.

„Das kannst schon tun,“ sagte einer, „das tu nur, daß 'n nit unversehens überfallen und aus 'm Rest nehmen, wie ein' nackten Vogel; er soll sich nur wehr'n für sein' Teil. Wieviel werden's ihm denn auch zutraun?“

„Zwei, mehr nit.“

„Dat er zu seiner Schneid' a wenger' Glück, wird es selb' alleinig mit dös fertig. Zah'n, Wirt!“

Auch die Burschen gingen, sie wollten nicht länger beim Weine sitzenbleiben, am Ende hätte doch die Raufucht erwachen und den klugen Entschluß, sich nicht einzumengen, rückgängig machen können, denn ein kluger Entschluß ist es immer, zuwarten, bis neu Regiment älter wird und Klauen und Zähne, die es anfangs so bedrohlich wies, sich abstumpfen.

Der Pfarrer hatte den Tag über auf seiner Stube gesessen, Bücher lagen vor ihm aufgeschlagen, mochten ihn aber wohl nit wenig beschäftigen, denn oft hob er sich von seinem Sitze, ging mit raschen Schritten auf und nieder, hielt dann inne und bildete eine geraume Weile zum Fenster hinaus, von welchem man weit die Straße überblickt; von Zeit zu Zeit zeigte sich auf derselben ein Gefährt, aber wenn die Staubwolken verflogen und es sich erkennen ließ, war es ein anderes als das erwartete. Nun es Abend geworden war, griff der Pfarrer nach Hut und Stod, verließ den Pfarrhof und ging hinaus aus dem Dorfe, der Straße nach. Eine gute Strecke hatte er zurückgelegt, da hörte er ein Bälgelein herantrollen, er bildete auf, der Bürgermeister sah auf dem Aufschode, er rief ihn an und der Dick' rief die Fägel an sich. „Je, Hochwürden, da auf'n beschwerfamen Weg? Mein Jesus, ich hätt' mer ja doch selber die Ehr' genommen und heut' noch auf 'm Pfarrhof zug'sprochen.“ (Fortsetzung folgt.)

Seite 2
aus!
hnitt
artifel
achff.
pläuche
ELE
Z E 20
NI
tag
ger
union.
ze
Stelle
Schmied
Brettel
ilei.

lands mehr als einmal aus, die dieses Kabinett allein viermal aus-
siedelte. Wir wollten Regelung der Reparationsfrage, Frankreich
mollte

das Diktat der Gewalt.

Der Kampf geht darum, ob Frankreich endlich den ehelichen Willen
Deutschlands zu einer freien Verständigung unter gleichberechtigten
Bedingungen und auf wirtschaftlich richtigen Grundlagen anerkennt
oder ob es weiter auf seiner Politik der Diktate, der Ultimaten, der
Sanktionen, der Kapitulationen besteht. Darum fort mit dem Ge-
rebe über Verhandlungen (Weisfall), mit den Mah-
nungen zur Verständigung, die nicht an die deutsche,
sondern die französische Adresse zu richten wären.
Angebote zu machen ist nicht an uns. Oft genug sind wir ent-
täuscht worden.

Wenn uns ein Weg geöffnet wird, der frei von äußerem
Druck und gleichberechtigt in offener Aussprache zu Recht
und Vernunft zurückführt, so wird die Regierung ihn
gehen.

Tadel wird sie keine Unterschrift unter einem Vertrag leisten, dessen
Erfüllung unmöglich ist, und keine Regelung zustimmen, die
das Rheinland, das Ruhrgebiet oder andre widerrechtlich besetzte
Gebiete im Stille läßt, oder den von Gewalttaten betroffenen Deut-
schen nicht den Weg zur Freiheit und zur Heimat versperrt. (Weis-
fall.) Will Frankreich die Kapitulation, so frey Deutschland dem
den unerschütterlichen Willen entgegen, nicht zu kapitulieren. Will
Frankreich die Vernichtung Deutschlands, so will Deutschland leben.
Das ist sein Recht und seine Pflicht. Was aber sagt die
Welt dazu? Was jene Mächte, deren Namen unter dem Ver-
trag von Versailles stehen? Sie schweigen. Schweigen sie, weil
sie nicht wissen, was an Gewalttaten geschieht? Wenigen die
Grenze im Ruhrgebiet nicht? Müssen die Todesopfer erst noch in
die Hunderte und Tausende wachsen? Oder ist der Gedanke des
Rechts so ganz gestorben? Ich stelle fest, daß wir nach sieben-
wöchigen Kämpfe um das Recht unseres Volkes und der Völker
immer noch allein stehen. Verlangt nicht gerade der eigene Ruf
jedes einzelnen Volkes, daß dieser Kampf aufhört? Müssen nicht
alle Völker einigend der Wandlungsfähigkeit der Zeiten wünschen,
daß Lebensrecht und Selbstbestimmungsrecht jedem Volke gesichert
werden? Und wenn das so ist, fñher kann nicht Deutschland die
Sache der Welt, des Fortschritts und des Friedens? Gleichwohl
überall Schweigen.

Verstünden diejenigen, die die Macht auf Erden haben, nicht jetzt
eine Stunde, die eine große Stunde werden könnte zur Aus-
söhnung des Hasses, des Kampfes und der Gewalt? Wir stehen
allein. Um so härter geht mein Appell an das eigene Volk, den
Kampf so ernst und schwer zu nehmen, wie er ist, in Tapferkeit
und Eintracht zusammenzutreten, jeder Ueberhebung zu entsagen,
die Not des Nächsten zu bedenken, sich von den Besessenen des
Ehren-
mutes freizumachen, sich in der Seele hart zu machen, damit das
deutsche Volk, ob allein oder mit andern, sicher in gesammelter
Kraft seinen Weg frei gehe. Einen Weg, den ihm die Notwendig-
keit der Tatsache vorgezeichnet hat, den es nun oder mit ganzer
Kraft in seinem Willen zu eigen gemacht hat. Wir werden
weiter ausdauern bis zu dem Tage, wo man einseht, daß das
waffenlose Deutschland nicht mit Waffen zu besiegen ist, bis die
eheliche Verständigung gleichberechtigter Völker endlich an die Stelle
militärischen Diktats treten wird. (Stürmisches, langanhaltendes
Beifall.) — Schluß 7 Uhr. — Nächste Sitzung: Mittwoch, 1 Uhr.

Der Reichstag wird am Mittwoch in die Debatte über die
Reichsfinanzreform eintreten. Es besteht die Absicht, diese Diskussion
an einem Tage zu Ende zu führen. Die Redezeit soll deshalb auf
30 bis 40 Minuten für den einzelnen Redner beschränkt werden.
Ein Vertrauensvotum wird nicht für notwendig erachtet, da offen-
sichtlich die große Mehrheit des Reichstages die Grundlinien des
jetzigen Kabinetts billigt. Für die Sozialdemokratie wird Dr.
Dawid sprechen, der als Bewohner des neubesetzten Gebiets (Darm-
stadt) auch eigene Erfahrungen haben dürfte.
Bis zum 18. März wird der Reichstag jetzt ununterbrochen
tagern.

Sachsen

Die Regierungseifersucht der Deutschnationalen

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat folgenden
Brief an die Fraktionen der Deutschen Volkspartei
und der Demokratischen Partei gerichtet:

Durch die Beschlüsse des sozialdemokratischen Parteitagcs
ist die Regierungsbildung auf dem Wege einer Koalition zwischen
der U.S.D. und einer nichtsozialdemokratischen Partei bereitet
worden. Ob die U.S.D. eine Einigung mit den Kommunisten
zustande bringt, erscheint zweifelhaft. Wir eruchten bei der
nächsten Wahl des Ministerpräsidenten nicht wieder nur demon-
strieren, indem sie ihren Fraktionsvorsitzenden wählen, sondern
schlagen vor, daß sie ihre Stimmen auf einen Kandidaten, den die
Deutsche Volkspartei als die mittlere Partei zu nennen hätte, ver-
einigen. Wir sind bereit, für einen solchen Kandidaten zu stimmen,
und wenn der Kandidat gewählt wird, uns an der Regierungsbil-
dung zu beteiligen. Weib die Wahl erfolglos, so halten wir
an unserm Auflosungsantrag fest. Wir ersuchen um Rück-
führung.

Der Dresdner Anzeiger hält diesen Vorstoß der Deutschna-
tionalen für „durchaus aussichtsreich, wenn nicht vorher
eine kommunistisch-sozialdemokratische Einigung erreicht wird.
Zum mindesten ist der Vorstoß ein Druckmittel, um die Einig-
ungsverhandlungen der Linken endlich zum positiven oder
negativen Ergebnis zu bringen. Darüber, daß eine Koalition
der gedachten Art es nicht leicht haben würde, die Regie-
rung zu führen, ist sich natürlich niemand im Zweifel.“

Die eine bürgerliche Regierung ohne Zustimmung der
Sozialdemokraten oder Kommunisten zustande kommen soll,
bleibt das Geheimnis des Anzeigers. Hier war wieder
einmal der Wunsch der Vater des Gedankens. Aber selbst die
fronmsten Wünsche des Bürgerlichen können die sozia-
listische Mehrheit des Landtages nicht aus der Welt
schaffen. Nachdem der sozialdemokratische Parteitag sich mit
aller Entschiedenheit für ein Zusammengehen mit den Kom-
munisten ausgesprochen hat, wird zunächst erst einmal ab-
gewartet werden müssen, ob eine Verständigung zwischen den
beiden proletarischen Parteien zustande kommt. Falls diese
Verhandlungen bis zum Donnerstag nicht zum Abschluß
kommen, wird die Wahl des Ministerpräsidenten am Freitag
noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Jedenfalls zeigt der Brief der Deutschnationalen deutlich,
daß die Redner die Zeit nicht abwarten können, in die Regie-
rung zu kommen. Bereits zu Beginn der sächsischen Regie-
rungskrisis, Anfang Februar, schrieben die deutschnationalen
Dresdner Nachrichten:

„Wenn alles seinen richtigen Gang ginge, so müßte die
neue Regierung aus Mitgliedern der Vereinigten Sozialdemo-
kratie, der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen
Volkspartei zusammengesetzt sein.“ Und sie beklagten sich bitter,
daß die Deutschnationale Volkspartei bei der Sozialdemokratie
schlechtweg als nicht „regierungsfähig“ gilt, wobei sie einen
neidlichen Seitenblick auf die Volksparteiler warf, die noch eher
„Gnade“ bei uns fanden. In edler Weisheit vergaßen
die Nachrichten dabei nicht, ihre Vorgänge ins rechte Licht zu
tufen: „Die Deutschnationalen mit ihren bedeutenden Kräften“

an Intelligenz und wirtschaftspolitischen Einfluß!“ Wir be-
greifen den deutschnationalen Schmerz, daß das deutsche Volk
genug hat von diesen bedeutsamen Intelligenzen (Hefferich,
Westphal, Törpy, Giller, den Reichenaumbüchern Kern und
Frieder, dem Flug- und Schwimm-Sachverständigen Bergt, dem
Nobengollernlegenden-Bereiter Maurenbrecher usw., von ihrem
schäblichen Aufgub ganz zu schweigen). Wir in Sachsen ver-
sicherten nun einmal darauf, die Welt durch die blaue Brille
Ludendorffs und seiner Freunde zu betrachten.

Reichsmittel für Kirchenzwecke?

Das Kultusministerium teilt mit:

In dem Artikel „Keine Reichsmittel für die Kirche“ in
Nr. 53 der Sächsischen Staatszeitung vom 3. März 1923 ist,
wie zugleich in Erwiderung eines durch die Presse laufenden
Artikels „Ein Verstum des Herrn Klejner“ ergänzend be-
merkt wird, auf den Beschluß des Reichstages vom 12. De-
zember 1922 nicht eingegangen worden, weil er noch Auf-
fassung der Regierung auf Sachsen keine Anwendung finden
kann. Denn nach jenem Beschluß die Reichsregierung dahin
wirken soll, daß die Länder die Zuschüsse an die Religionsge-
sellschaften so gestalten, daß die Gehälter der Religionsdiener
den Gehältern gleichstehender Beamten angeglichen werden
können, so legt dies selbstverständlich das Bestehen einer
Rechtspflicht des Staates zur Bewahrung von Staats-
zuschüssen an die Kirche zu Bewandlungswegen voraus. Es
gibt aber in Sachsen kein Gesetz, keinen Vertrag oder sonstige
Rechtstitel im Sinne des Artikels 188 und 173 der Reichs-
verfassung, wonach der Staat zu solchen Zuschüssen verpflichtet
wäre. Hiernach kommen Verhandlungen mit der Reichs-
regierung über diese Frage für Sachsen überhaupt nicht in
Frage.

Der Fall Bartholomey

Das Kultusministerium läßt folgendes mitteilen:
Das Disziplinargericht hat dieser Tage entschieden, daß
der Antrag des Kultusministeriums, den Studienrat B. in
Annaberg aus dem Dienste zu entlassen, abzulehnen ist. Ein
Teil der Tagespresse konstruiert aus dieser Tatsache eine
„Niederlage“ des Ministeriums durch entsprechend stiftierte
Notizen. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Entscheidung
des Disziplinargerichts dem Sinne nach folgendermaßen lautet:
Dem Antrag auf Dienstentlassung wird nicht stattgegeben.
Es liegt zwar ein grober Verstoß gegen
die Dienstpflicht vor. Der ist aber nicht so schwer-
wiegend, daß auf die äußerste Maßnahme der Dienstent-
lassung zugegriffen werden müßte.

Es war auch die Meinung des Ministeriums, daß ein
„grober Verstoß gegen die Dienstpflicht“ vorliegt. Des-
halb das Verfahren vor dem Disziplinargericht, das aber nur
dann stattfinden kann, wenn ein Antrag auf Dienstentlassung
vorliegt. Der Strafantrag ist also zwangsläufig selbst dann
auf Dienstentlassung zu stellen, wenn von vornherein mit einer
Dienstentlassung nicht gerechnet wird.

Das Ministerium wird im übrigen zu dem Urteil und
den daraus für Bartholomey sich ergebenden Konsequenzen
Stellung nehmen, sobald die schriftliche Begründung vor-
liegt.

Dollarsturz und Warenmarkt

Es war ohne weiteres vorauszusehen, daß jede Stabili-
sierung der Mark Störungen am Warenmarkt herbeiführen
würde. Eine gewisse Stocung des Marktes ist nun auch in
der Tat zu verzeichnen. Das geht nicht nur aus zahlreichen
privaten Mitteilungen hervor, sondern auch aus den Be-
richten der Preussischen Handelskammern und des Reichs-
arbeitsblattes. Selbst die Leipziger Messe konnte den
Einbruch des besseren Marktes sehr schlecht verwinden.
Die ersten Westtage standen unter dem Zeichen einer außer-
ordentlich stillen Nachfrage. Die Einkäufer, die in großer
Zahl erschienen waren, brauchten viel Zeit, um sich überhaupt
über die Möglichkeit vorteilhafter Einkäufe zu informieren.
Deshalb vielfach Preisverabredungen vorgenommen wurden,
war für die ausländischen Einkäufer, die mit dem Valuta-
geschäft nun einmal zu rechnen gewohnt sind, die Möglichkeit
vorteilhafter Einkäufe verhältnismäßig gering, auch sonst
zeigte sich wenig Geschäft. Wenn die Anzeichen nicht trügen,
scheint die Zeit der Marktkrise, die noch in sämtlichen Ländern
mit einer Stabilisierung der Währung verbunden war, auch
bei uns nicht fern zu sein. So drückend die Gefahr von Ar-
beitsverfugungen für weite Teile der Arbeiterschaft ist,
so sehr auch dem Staate daraus die Pflicht erwächst, durch
Arbeitsbeschaffung den Wirkungen einer solchen Krise nach
Kräften vorzubeugen, man wird sich mit gewissen Störungen
abfinden müssen, zumal man weiß, daß das nur Leiden einer
Uebergangszeit sind und daß die Stabilisierung der Währung,
wenn sie auch auf die Arbeiterschaft zurückwirkt, doch den
unheilsten Auswüchsen kapitalistischer Speku-
lation mehr entgegentritt als alle Wucherergesetze.

Ein belgischer Revolverheld

Trotz dem ausdrücklichen Verbot des Leipziger Reichstages,
das Frankreich und Belgien von dem Besuch der diesjährigen Früh-
jahrsmesse ausschließt, ist es einem belgischen Einkäufer gelungen,
sich einzuschmuggeln. Der Belgier ging am Montag abend mit
einem Schweizer Einkäufer die Weststraße entlang. Beide Herren
sprachen laut französisch, was einem vorübergehenden Engländer,
der sich in Begleitung von deutschen Herren befand, auffiel. Der
Engländer äußerte zu seinem Bekannten seine Bewunderung, daß
sich doch Franzosen oder Belgier in Leipzig zur Messe eingeschlichen
hätten. Die französisch sprechenden Fremden haben diese Aus-
sage gehört und, nachdem sie einige Schritte an dem Engländer
und seinem Bekannten vorbeigegangen waren, schoß einer der
französisch sprechenden Männer und verwundete den Eng-
länder an der Ferse. Ein Bekannter des Verwundeten ver-
folgte die französisch sprechenden Männer und veranlaßte ihre
Flucht. Auf der Polizei wurde festgestellt, daß die beiden
angehört als Einkäufer zur Messe nach Leipzig gekommen seien.
Auf der Polizeiwache bestritt der Belgier, dem Schuß abgegeben zu
haben. Da in der Manteltasche des Belgiers eine Patrone ge-
funden worden ist, ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß er der
Schütze war, obwohl sich die Waffe selbst nicht mehr in seinem Be-
sitz befand. Nach ihrer Vernehmung und Stellung einer Kaution
wurden die beiden wieder entlassen. Der Engländer, der sich noch
in der Nacht in die Klinik begeben mußte, konnte inzwischen nach
Entfernung des Geschosses aus der Klinik wieder entlassen werden.

Die Donnerstag-Sitzung des Landtags wird über Nachträge
zum Staatshaushaltsplan beraten.

Dem Landtag ging eine Vorlage des Gesamtministeriums zu,
der Landes-Brandversicherungsanstalt ein Darlehen bis zu 500 Mill. M.
zu gewähren.

Herr Ministerialrat Seeger, technischer Rat im Finanzministerium
ist vom Wirtschaftsministerium zum 20. ehrenamtlichen Mitglied des
Landesstelle für Gemeinwohl ernannt worden.

Dresdner Chronik

Ruhhilfe

Herrn Kaffke (in Firma Kaffke u. Co.,
Sport- und Touristenartikel an gros)
Plattler ins Haus eine Sammelliste:
„Für unsere Trüber an Ruhr und Rhein!“
Als Patriot und geachteter Christe
Trägt Kaffke gleich — hundert Wille ein.

„Fürs Vaterland fällt mir kein Opfer zu schwer“,
Erläutert dem Profuristen er.
„Und außerdem, sehn Sie, Steiger“
Nä unser Ansehn durch solche Tat.
Der Generalanzeiger
Bringt morgen unsern Namen
In einem Eichenlaubrahmen. — —
Da brauchen wir diesmal kein Inserat! — —

So, wären nur alle zu Opfern bereit,
Wir hielten durch bis in Ewigkeit! — —

Rehbein, Krause, was ich Ihnen
Noch sagen wollte: Die Boyner Beltrinen,
Die gestern aus Glauchau eingelaufen,
Müssen wir doch etwas teurer verkaufen!
Fünfkönn Prozent mehr werden genäen,
Wollen Sie, bitte, das Rörge verfügen!

Krause malt Zahlen, Zeit unter Zeile,
Addiert die Posten nach einer Weile
Und murmelt bewundernd vor sich hin:
„Dreihundert Wille Mehrgewinn!“ — —

Herr Kaffke indessen in seinem Kontor
Pfeift „Deutschland über alles!“ sich vor.
Peter Michel

Sie spielen Mittelalter

Uns liegt ein Dokument auf den Redaktionstisch, das
für die Erzelle deutschösterreichischer Kreise bezeichnend ist:
Wigaldedarte und Beltsaden für die Sitten und Gebräuche des
deutschen Schaffersordens, dessen Vereinsleben ganz
im Stile altdeutscher Geheimorden aufgezogen zu sein scheint.
(Mit Schaffer-Gehilfen, Schaffer-Burg usw.) Ein „Weih-
brauch“ weist ein in den Kultus der „Lelungen geweihter
Schriften im geistlichen Kreise“. Man denkt beim Lesen der
Satzungsvorschriften an Gebräuche der Heiligen Feme, denn
der Leiter der deutschösterreichischen Weihenstunden hat unter
andern Formeln auch die zu sprechen:

Darum frage ich: Ist jemand unter uns, der dem deut-
schen Geiste, den wir jetzt rufen werden, feindselig oder
gleichgültig gesinnt ist? Der sei, um seiner Sicher-
heit willen gebeten, aus dieser Runde zu
scheiden.

Da wir unter uns sind, so wollen wir jetzt unsern Kreis
schließen und wollen, zur Bestätigung unserer inneren Verbunden-
heit als deutsche Menschen, uns die Hände in der Runde reichen
(der Leiter und alle erheben sich, reichen sich in geschlossener
Reihe die Hände, verharren so drei Sekunden. Währenddem kann der
Leiter den folgenden Sinnwortsprechen. Dann lösen sich die
Hände, man setzt sich wieder.)

Das heißt also, wer dem Rummel „gleichgültig“ gegen-
übersteht, ist in dieser Gesellschaft nicht sicher. Vielleicht sieht
sich doch einmal die Staatsanwaltschaft die Bestimmungen der
modernen Schaffer ein bisschen näher an. Politische Extreme
vom Schläge der Deutschösterreichischen haben zwar immer etwas
Sektiererhaftes, das sich durch eine Mischung von Alter-
tümeln, Mystizismus und Blutwahn charakterisiert. Aber
dam man den „Kult“ solcher Geheimbünde nicht für harmlose
theoretische Spielereien halten kann, haben ja die Attentate
gegen Vertreter der Republik hinreichend bewiesen.

Erhardtgarbisten auf dem Markte

Ein Genosse schreibt uns: Am Sonntag früh gegen 9 Uhr
machte ich mich vom Arsenal aus auf den Weg nach Langebrück.
Auf der Brücke vor dem Keller steht eine Schaar junger Leute mit
einer roten Fahne. Was, denke ich, Augenzeugen sammeln sich
zu einer Demonstration. Doch wie, sehe ich recht? Die Leute stehen
in Reih und Glied, und militärische Kommandos erteilen.
Kein, es ist keine Sinnestäuschung: das rote Fähnlein trägt auf
weißem Feld ein Falkenzeu. Also „deutsche Heidenjünglinge“,
wie man ißt: Stillbestanden, rührt auch, durchgehenden, zu Wieren ab-
zählen, Gruppenformen. O, ich kenne alles noch vom Kosernen-
hof her! Und der Herr Vorkühler? Wirklich, es ist ein Offizier
der „republikanischen“ Reichswehr mit Ordensknäueln an der
Brust, die Koffelstücken tragen die Regimentsnummer 4, der „Re-
publikaner“ selbst ist bespannt mit einem Spazierstock. Die jungen
Leute tragen verschiedene Ausrüstungsgegenstände: Leibriemen,
Droschel, Signalfächer usw., sogar ein „Samariter“ ist dabei.
Die „Heidenjünglinge“ marschieren im Gleichschritt singend ab. Richtung
Kloster. Und ihr Lied? „Wir sind die Erhardtgarbisten.“ Zwei
berittene grüne Polizisten kommen dem Zuge entgegen. Einer
meiner Begleiter ruft ihnen zu: „Hier ist Grund zum Einmarsch!“
Die Reiter lächeln, und auch mein Zuruf: „Sie können ja nach
Front machen vor den Herren!“ wird mit einem Nicken quittiert.
Die Polizisten reiten vorbei. Wir werden von dem Zug überholt.
Die Polizisten gehen an dem bestenmännlichen Offizier frage ich ihn
ironisch: „Ist der Herr Leutnant im Dienst?“ Militärischer Gruß
und „Jawohl!“ ist die Antwort. „Bei der republikanischen
Reichswehr auch, Herr Leutnant?“ Ganz an die Ohrenschel:
„Bitte?“ Ich nochmals laut ironisch: „Auch bei der republikanischen
Reichswehr, Herr Leutnant?“ Militärischer Gruß seinerseits und
jöhnisch lächelnd: „Jawohl!“ Während die Garde vorüberzog,
sang sie ein Lied gegen die Juden. Doch Erhardt kam am Schluß.
Paradeschritt wurde angehalten. Ein Haal, und dann verschwand
die Schaar seitwärts im Wald. Ich aber wanderte weiter mit der
Uebergangung: „Auch in Sachsen bestehen keine reaktionären Ver-
bindungen mehr, und Reichswehr und Polizei sind gut auf dem
Posten, die Republik zu schützen.“

Wie ein anderer Genosse berichtet, zog in der 8. Nachmittags-
stunde eine gleiche Schaar, das Erhardtlied singend, unter Führung
eines Reichswehroffiziers von Loschwitz kommend über die Brücke.
Dieselben waren es dieselben Heiden.

Man kann solcher Scharen jetzt fast jeden Sonntag in der
Heide begegnen. Man hört ihre Wehlieder, sieht die hoch-
mütigen Wächter dieser uniformierten Jungen, sieht die hoch-
mütig-dummen Mienen ihrer Führer und hat jedesmal eine Zeit-
lang mit dem Gefühl zu kämpfen, daß der reine, glatte Wald, der
die Wehlieder widerhallen muß, durch diese Gesellschaft beschmutzt
worden ist.

Mitt-
Wo
Dresdn
handelt
heißlich
ba u a
die Auf
Grund
nungeb
stüblich
dage be
sehung
würden.
leichter
schlag u
hoffen,
Reichsg
der Fri
dem Fri
Grenz
Dresdn
Bei ein
Die 200
Über 200
• 400
• 800
• 1800
traße so
Abgabe
eingehob
werden
nicht an
beantrag
sind, mit
werden.
Verzehr
reich; in
einzelne
erhält.
S
schen
iung e
den folg
M
dadurch
pflichtun
bfreund
haltung
derneigt
Göße vor
währen
nehmende
städtische
Wohnung
pflichten,
selbständ
den eine
wei Bo
ebenfalls
erhalten.
nung mid
Himmer
Verzehr
an der F
Jahresm
des Verg
weit, als
eingelegt
einer M
Aufnahm
mit städt
ist die B
inhaber i
Aufgabe
Dintersch
eingezeh
St
tag abend
zur Beza
Spiel v
gemeinde
zur Persi
bestehen
demen ein
Dresdn
hännel
stellen
kunft hoch
im Dresd
besoin un
mos er zu
unruhigen
zu unterb
Ber
Septemb
Straße
Die zahl
wungen,
die Wiener
stellung di
an der V
bis in den
die Wahr
angustien
sein Wen
Schwante
zur Sicher
hülper un
Jahresfr
kehraber
etwas meh
Die
wieder auf
den 8. Mä
Dre
mannschaf
falle der F
schlagtre
Zust
lichen Ver
verschiede
auf eine v
schen Land
wärtigen
Gegenab
Reformfu
die Herr G
ministerium
kurzer Deb
Vorstand b
und gründ
Derrn Dr.

Wohnungsbaubauabgabe und Ausgleichszuschlag

Der Rat zu Dresden macht einen 26. und 28. Nachtrag zur Dresdner Gemeindehaushaltsordnung bekannt. Bei dem 26. Nachtrag handelt es sich um einen Zuschlag auf die durch Reichsgesetz auf einheitslich 50 Prozent der Friedensmiete festgesetzten Wohnungsaufgaben.

Um die Abgabe den wirtschaftlich Schwachen möglichst zu erleichtern, haben die städtischen Räte beschlossen, den Zuschlag nach dem 26. Nachtrag nach der Höhe der Friedensmiete zu stellen, während eine solche Staffelung nach der auf Grund des Reichsgesetzes zu erhebenden Wohnungsbaubauabgabe von 50 Prozent der Friedensmiete nicht zulässig ist.

Table with 4 columns: Bei einer Friedensmiete, Wohnungsbaubauabgabe, mit dem Ausgleichszuschlag, von 200 Proz. zusammen. Rows show amounts from 200 to 1800.

Die Begünstigung der minderbemittelten Bevölkerung ist nach einem Beschlusse dahin erweitert worden, daß die Abgabe nebst Zuschlägen von denjenigen Personen überhaupt nicht eingehoben werden soll, denen öffentliche Unterstüpfungen gemährt werden (Altenheim, Sozialheim, Gewerkschaften usw.).

Nur weiteren Verringerung der Wohnungsnot haben die städtischen Räte beschlossen, die Gewährung von Vergütungen für die Freimachung von Wohnungen in Dresden ein folgendes beschließen:

Wer in Dresden eine selbständige Wohnung innehat und sie dadurch ganz frei macht, daß er freiwillig und ohne berufliche Verpflichtung nach auswärts verzicht oder bei Angehörigen oder einer befreundeten Familie Aufnahme findet und demgemäß keine Haushaltung mit einer andern in Dresden oder außerhalb Dresdens vereinigt, kann aus städtischen Mitteln eine Vergütung bis zur Höhe von 100 000 M. erhalten.

Stadterwerbsstellen. Auf der Tagesordnung Donnerstag abends 7 Uhr steht die Ueberlassung des Aufstellungsgrundstücks zur Veranstaltung der Jahresfeier der Deutschen Arbeit Dresden 1923 Spiel und Sport und die finanzielle Mitwirkung der Stadtgemeinde hierbei.

Verkehrshindernisse am Bahnhau in Frauen. Seit Mitte September ist der Bahnübergang an der Bürgersburger Straße in Dresden-Frauen infolge der Wohnhochlegung gesperrt. Die zahlreichen Fußgänger, hauptsächlich Fabrikarbeiter, sind gezwungen, den weiten Umweg durch den Röhrenstunnel oder durch die Wienerstraße zu nehmen.

Die Ausgabe von Kartons an Kinderreiche Familien wird wieder aufgenommen, zunächst im städtischen Speicher von Freitag den 9. März an und auch im Lager Königsbrücker Straße 131.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses der Kaufmannschaft Dresden-Mittstadt Freitag, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal der Kaufmannschaft. Die Tagesordnung hängt am Anschlagbrett im amtsbaupolizeilichen Dienstgebäude aus.

Zustimmung. In einer vom Rechtsbund veranstalteten öffentlichen Versammlung beschäftigte sich Prof. Dingeldey mit den verschiedenen Möglichkeiten auf dem Gebiete der Justiz wobei er auch auf eine vom Chemnitzer Amtsgerichtsdirektor Schürich an den Sächsischen Landtag gerichtete Eingabe Bezug nahm.

Neue Preise für Hausbrandkohlen. Vom Kohlenamt wird uns geschrieben: Infolge der Erhöhung der Fuhr- und Arbeiterlöhne hat sich eine erneute Erhöhung der Verkaufspreise für Hausbrandkohlen nötig gemacht. Die Preise betragen ab Wagnis für Steinkohle je nach Herkunft und Sorte der Zentner 8800 bis 9985 Mark.

Unter dem Hängematt. Beim Aufsteigen auf einen in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 7 geriet auf der Kesselforger Straße ein 60jähriger Marktbesitzer unter den Hängematten, wobei ihm bei heftigen Schlägen abgehauen wurden.

Ein Selbstmordversuch unternahm am Dienstag früh in ihrer in der Gluckstraße gelegenen Wohnung eine 26 Jahre alte Sattlerehefrau, die den Wasshahn geöffnet hatte. Nach der Eintreffen der Samariter erholte sie sich wieder, so daß diese nicht in Tätigkeit zu treten brauchten.

Minigepiet an der Arbeit. Schwere gekündigt wurde ein fleißiger Geschäftsmann von zwei Unbekannten, mit denen er zufällig im Wartesaal 1. und 2. Klasse des hiesigen Hauptbahnhofs zusammentraf. Die beiden Unbekannten unterhielten sich zunächst in barocker Weise, der eine stellte sich dem andern als vertiebtener Rheinländer vor.

Der Sächsische Landesverband für Volksbildung veranstaltet in Gemeinschaft mit der Volkshochschule und der Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege am Sonntag den 10. März, 7 Uhr abends, in der Aula der Kreuzschule, Georgplatz 8 I, einen Vortragabend.

Club der S. S. D. (Soz. Verein zur gegenseitigen Weiterbildung) Freitag den 9. März, 6 Uhr: Bildbilder und Demonstrationen im Hofsaal des Mineralogischen Instituts.

Dr. Paul Schaefer-Bismarck, der wiederholt im Klub der S. S. D. gesprochen hat, hält am 18. März, abends 7 1/2 Uhr, im Kaufhausstraße 16, bei den soz. Justiz- und Verwaltungssachen einen Vortrag über: Beamten- und Gewerkschaftsorganisationen im Lichte der Lehre vom Eigenwillen.

72. Volkshochschule, Dresden-Gohlis. Freitag, abends 7 Uhr, im Schulsaal der hiesigen Schule Elternversammlung. Genosse Lehner spricht über: "Ueber den Prozen der Daus- und Schülerleistung".

21. Volkshochschule (Freiburger Platz). Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Turnhalle Vortrag des Herrn Lehner fort: Die städtische Erziehung unserer Kinder. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Elternrat. Bezirksleiterausschuss Radeberg, Trautzsch-Mitteln-Neißgau, 6. Unterbezirk, (Trautzsch vom Postamt 38 gebürtig) Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Colektsversammlung im Wörzburger Hof, Wilsdrufferstraße. - Bezirksleiterausschuss Reus- und Oppelborsdorf, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung der gesamten Unterbezirke und Delegierten im Restaurant Kurfürstendamm, Ecke Vauquert und Kurfürstendamm. Tagesordnung: Jahresbericht des Bezirksleiters.

Dresdner Umgebung

Colfah. Mietbewohnerverein. Donnerstag, abends 7 Uhr, Mieterzeitung im Ratsteller. Bohrisches und pflanzliches Erbsenessen einladend.

Coffehaus. Freiwillig aus dem Leben scheid in überkommener Schwermut ein in der Mittelstraße wohnhafter 74 Jahre alter Privatist, der unter dem Druck der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse den Mut zum Leben verloren hatte. - Einbruch in das Weiße Schloß. In der Nacht zum Dienstag drangen Diebe in die Kellerräume des Weißen Schloßes ein und erbeuteten Wirtschaftsgüter von beträchtlichem Werte.

Wetterw. Mieterverein. Sonnabend in der Schule Versammlung. Vortrag des Genossen R. Köhler über Abrechnung am Quartalsabschluss, Anfang 7 1/2 Uhr. Mieterräte, erscheint vollständig! Wetterw. Morgen Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Schulausschulung in der hiesigen Schule. Zimmer 4.

Aus dem Parteileben

4. Unterbezirk. Die Genossinnen werden ersucht, sich an dem Schöffens- und Genossenentwurf am 9. März im Reichsbahnhof recht zogen zu beteiligen.

5. Unterbezirk. Jungsozialisten, Gruppe Dresden-Mittstadt. Sonnabend, abends 7 Uhr, in der Weißen Schloß, Ecke Wettiner- und Raimstraße, Vortrag des Genossen Robertus Paul Hennig über: "Der historische Materialismus". Zahlreiches Erscheinen ist in Anbetracht des wissenschaftlichen Themas sehr zu empfehlen.

6. Unterbezirk. Bezirk Gohlis und Umgegend. Montag, abends 7 1/2 Uhr, in der Turnhalle in Gohlis abends 7 Uhr für die Frauen. Genosse Seidler, Oberwart, bringt Requisitionen zum Vortrag. Anschließend Vortrag über zeitgemäße Ernährung, mit Kostproben! Auf! Gäste herzlich willkommen!

Gruppe Leisewitz. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Wäber in Tollerie (gegenüber dem Friedhof) gemeinsame Gruppenreinigung. Renzwahl der Verwaltung und der Frauengruppe. Zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen wird gewünscht.

Gewerkschaftsbewegung

In die Transportarbeiter aller Länder

Welcher lastet auf der Bevölkerung des Rhein- und Ruhrgebietes der gewalttätige Druck der Inflation der französisch-belgischen Militärmacht. Unter Friedens- und Vertragbruch, alle Grundzüge des geschriebenen und ungeschriebenen Rechts mit Füßen tretend, begannen die imperialistisch-n Regierungen Frankreichs und Belgiens im Ruhrgebiet ihr verbrecherisches Werk.

So ruht im Ruhrgebiet teilweise die Kohlenförderung. Der Kohlentransport ist völlig lahmgelegt. Eisenbahnverkehr und Winenschiffahrt liegen still. Die Postbeamten, die Kraftfahrer und die Transportarbeiter sind gezwungen, ihre Beschäftigung ruhen zu lassen, weil sie es als freie Arbeiter ablehnen, unter den beschleunigten Revolvern, den aufgeschlagenen Bajonetten und den beschleunigten Keilspitzen französischer Offiziere und Soldaten zu arbeiten.

Im dem der deutschen Arbeiterklasse aufgezogenen jähweren Kampfe stehen und bauen wir auf die Sympathien und die Unterstützung der Transportarbeiter-Internationale, denn es sind die deutschen Eisenbahner und Transportarbeiter, die im Vorkrieges den Ringen an der Ruhr stehen. Wir hoffen, daß unsere Kameraden in allen Ländern alle Kräfte einsehen werden und nichts unberücksichtigt lassen, um das Belgien und Frankreich gegen die ihren deutschen Arbeitsbrüder angetanen Schmach.

Ein Sieg der imperialistischen Herrschaft, der kapitalistischen Ausbeutung und der militaristischen Wärfir an der Ruhr würde für die internationale Arbeiterbewegung eine entsetzliche Etappe auf dem Wege zur Verflüssung des Weltpolenarials bedeuten. Diesen Sieg wollen die deutschen Arbeiter der internationalen Reaktion, deren Treibfeder augenblicklich der französisch-belgische Imperialismus ist, nicht erringen lassen.

Wir leben die Verjämung und Verständigung der Völkler! Soß die Transportarbeiter-Internationale! Deutscher Verkehrsbund.

Solidarität für die Saarbergleute

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirksleitung Saargebiet, richtet an die internationale Arbeiterbewegung einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: "Seit dem 5. Februar, stehen 72 000 Bergarbeiter des Saargebietes in einem schweren wirtschaftlichen Kampf gegen den mächtigsten Arbeitgeber der Welt, die französische Saargebietverwaltung. Die Einführung des Franz als Zahlungsmittel hat im Saargebiet eine ungeheure Leuerung hervorgerufen. Der Bergarbeiterlohnstand bei Beginn des Streiks ist 7 Frank niedriger als 1920. Auf die Forderung der Saarbergarbeiter, den Lohn auf den Stand von 1920 zu erhöhen, machte die Bergverwaltung ein so ungenügendes Angebot, daß die Bergarbeiter es ablehnen mußten."

Der Reichsangekellertarif dem Scheitern nahe

Im Anschluß an unsere geführte Kritik teilt uns der Zentralverband der Angestellten nach folgendes mit: Nach achtmonatigen Verhandlungen sind am 2. März d. J. die Verhandlungen über den Reichstakt für die Angestellten der Reichsverwaltungen zu einem vorläufigen Stillstand gekommen. In der Frage der Beibehaltung einer Tarif-Schiedsstelle über die Eingruppierungen, die Berechnung des Vergütungsdienstalters und des Geltungsbereichs wollten die Vertreter der Reichsregierung die Angestellten-Organisationen vor eine erneute Entscheidung des Reichs-Schiedsstelle stellen, obwohl dieses bereits anlässlich der Kündigung des bisherigen Tarifs zu diesen Fragen Stellung genommen hat. Vom Vorkriegs der Organisationen, ein Schiedsgericht beim Reichsarbeitsministerium einzulegen, wurde Kenntnis genommen mit dem Bemerkten, daß auch hierzu erst eine Rabinetsentscheidung notwendig sei. Die Organisationen konnten dem nicht folgen und erklärten daraufhin die Verhandlungen in den oben erwähnten Punkten für abgeschlossen, indem sie sich gleichzeitig volle Handlungsfreiheit vorbehalten.

So ist denn in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation durch die eigenartige Stellungnahme der Regierungsmittelglieder ein bedeutsames Tarisverf dem Scheitern nahe gebracht. Als wesentlich kommt dabei noch in Frage, daß sich die Taris für die Angestellten der Länder und Kommunalverbände an den Reichstakt anleihen und auf Grund des vorher Gesagten daher auch nicht zum Abschluß gebracht werden können.

Zum Streit in der Chemischen Industrie

Streit um die Verwaltungsstelle Dresden des Zentralverbandes der Maschinenisten und Feiler. Der Arbeitgeberverband der Chemischen Industrie hat in einem Rundschreiben, unterzeichnet vom Herrn Dr. Volk Weidig, mit der Aussetzung nicht freier Betriebe gedroht und hat unter anderem die Kampfmahnahme damit begründet, daß Koststandarbeiten verweigert würden. Als Beispiel hat er angeführt, daß in den Müdigewerken in Riederau die Feiler es abgelehnt hätten, einen Anstell zum Feuerzeuge unter Dampf zu lassen. Wir stellen hiermit fest, daß uns davon nichts bekannt ist. Sollte das aber wirklich der Fall sein, so werden wir anordnen, daß derartige Koststandarbeiten auf jeden Fall ausgeführt werden. Wir tun das schon aus dem Grunde, um bei allen Lohnbewegungen die Arbeitsfähigkeit der Technischen Kräfte zu beweisen.

Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter!

Die über die Bauarbeiten der Firma Fr. Kühner, Kunstseidenweberei, Pirna, verhängte Sperre ist aufgehoben. Die Differenzen sind beigelegt. Deutscher Textilarbeiterverband. Deutscher Zimmererverband. Deutscher Bauarbeiterverband.

Mühlenindustrie. Die Lohnstreitigkeiten in der Mühlenindustrie des Freistaats Sachsen sind durch Schiedspruch des Arbeitsministeriums vom 2. März beendet.

Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbeamte. Freitag den 9. März, abends 7 1/2 Uhr, im Odeum, Dresden-L. Garndstraße 90, öffentliche Beamtenversammlung des Deutschen Verkehrsverbundes, Kollege Max Müller, Leipzig, spricht über das Thema: Warum organisieren sich die Beamten im Allgemeinen Deutschen Beamtenbund?

Wettervorhersage für den 8. März

Bei noch trübem Wetter zeitweise Niederschläge, jedoch keine wesentliche Temperaturänderung.

Bermischtes

Haubüberfall in Rün

Rün, 6. März. In der Nacht zum Sonntag wurde an der 65 Jahre alten Witwe...

Sport • Spiel • Körperpflege

Turn- und Sportverein Germania, Berlin. Bühnenaufführungen der Kinderchoristen...

10. März in der Constantia Bühnenschau unter dem Motto: Freuden der Kindheit...

11. März, mittags 8 Uhr, in der Turnhalle Freital-Deuben...

Arbeiter-Radfahrerklub Dresden. Wettbewerb im Saal...

Abteilungs-Ansichten. 11. März, Altstadt, Auguststraße...

Arbeiter-Samariterkolonne Dresden. 8. März, abends 7 Uhr...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Arbeiterjugend für März ist eingetroffen und muß am Freitag im Sekretariat abgeholt werden...

Gruppenleiter. Bezirk Dresden-West. Nicht schon Donnerstag den 8. und Sonnabend den 10. März abrechnen...

Bezirk West. Donnerstag (7) im Rößler Jugendheim...

Vorantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Rothmann...

Rackow, Altmarkt 15. T. 17137 Bankbuchfg. Beginn Da. den 8. März 6-7 Uhr.

Optiker Panzer Großenhainer Str. 131 Brillen - Klemmer

Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig Dresden-A, Pragerstr. 23

Der in Verlobung geratene Dienstheld Nr. 2266...

Witwenbauernschaft Dresden-Neustadt. Juchereitstellung...

Stottern und selbst gänzlicher Sprachverlust wurde mit Erfolg behandelt...

Werkzeugmacher od. Mechaniker in selbständiges Arbeiten gewöhnt...

Aufwartung Maschine -schreib-, Stenographie Handelschule...

Suche Räume! Kaden, H. Hofmann oder ähnl., der ich für...

Gilt! Weil nur kleine Gilt! Nur noch kurze Zeit!

Bogel & Wiesenfeld Dresden-A., Pillnigallee 7, 1 Treppe...

Karl-Marx-Gedächtnisnummer Preis 200 Mark Volksbuchhandlung u. Filialen

Monofix DIE MODERNSTE DEUTSCHE SCHNELL-SCHREIBMASCHINE Der neueste Triumph deutscher Technik

Billige Seefische! Kabelaue ohne Kopf in ganzen Fischen... Nordsee Gölzger Str. 1

Blusen, Röcke, Kleider, Kostüme, Mäntel u. Stoffe in reichl. groß. Auswahl finden Sie für jede Figur das Passende...

Bertwertung Gebirge Gold, Silber, Platin, Double W. A. Storte Wettinerstraße 20.

Altpapier, Lumpen, Eisen, Flaschen, Bodenrummel... Bringen Sie Lumpen, Altpapier, Alteisen...

Dobritz. Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung...

Spülapparate Spülkannen, Schüsselchen, Unterlagen...

geb reg frant Mach von land Mach ist je liche gicu Mti waigt gefü taug an. sügen steben ander das G liegen die ft a eine und erneu d a f l wer t passf a d y Bertr fland b e r dem t handi am B loenn nation hat n der s gierung in der wieder e r f e auch h der S das w her er gelte deren Rosen deren als a brud t und - kann. schaft wir wo d e m a fort b hätte r der W pändig hat da i f i t und p fürun Herr nation Salt d aktive jede G gierung und d der h a n b trenn i baßibe harren hoshung wieder bei der politt Tempo spiele wären treu de den de Note u roten mit B muß d umbeug